

19 | November 1975

# Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 2 Sozialdemokratie und Abtreibungsfrage
- 5 Betriebsratswahlen: Zur Diskussion gestellt
- 6 Fall Peter: Der stärkste Kreisky, den es je gab?
- 8 England: Ein Exempel in Krisenpolitik
- 10 Nah-Ost: Die Kriegsgefahr besteht nach wie vor
- 13 Spanien: Welche Perspektiven?
- 16 Portugal: Wie provisorisch ist die Regierung Azevedo?
- 20 Portugal – ein Appell!
- 21 uni news: Numerus Clausus Personalvertretungswahlen
- 23 Leserbriefe

## Gegen das reaktionäre „Volksbegehren“

Die Gegner der Fristenlösung haben vor der Wahl eine Reihe von sichtbaren Kampfmaßnahmen gesetzt und es war zu erwarten, daß die "Aktion Leben" sofort nach der Wahl noch besser vorbereitet vorgehen wird. Bis vor kurzem hatte sich die "Aktion Leben", entgegen der von ihr angebotenen Großkampfkationen, nur zu ein paar Aggressionen und Verleumdungen anlässlich einer Pressekonferenz und zu bischöflichen Fäusteschütteln auffragen können. Die Aktivistinnen schienen zurückhaltender geworden zu sein, weswegen sie aufgerufen wurden, sich nicht zu scheuen "die Hände im politischen Geschehen schmutzig zu machen". Fast schienen die bisherigen Geldgeber nun an der Frage auch weniger interessiert und die neue Führung der ÖVP wegen des Wahlausganges nicht mehr so spendierfreudig zu sein.

Der Termin für das Volksbegehren "zum Schutz des ungeborenen Lebens" ist mit 24.11. bis 1.12.1975 fixiert. Und seit wenigen Tagen wird von den Plakatwänden zur Unterschriftleistung aufgefordert. Ein "seeliglächelnder" Embryo läßt alle wissen "Ich will leben – Schützt mich und meine Mutter vor der Fristenlösung", durch die Unterschrift für das Volksbegehren.

Die Antwort der SPÖ auf die neuen Attacken könnte man bis jetzt mit "nicht einmal ignorieren" beschreiben. In der Löwelstraße ist man wo-

möglich noch zurückhaltender geworden als bisher, sei es, daß man eine Auseinandersetzung mit der "Aktion Leben" aufgrund der Ergebnisse der Nationalratswahlen und verschiedener Meinungsumfragen nicht mehr für notwendig hält, sei es, daß man an der Fristenlösung das Interesse ver-

loren hat. Nur der Primarius der Semmelweis-Klinik Dr. Rockenschaub gibt in der SP-Presse Stellungnahmen über den Vorteil der Fristenlösung ab. Die SP-Frauen, die bisher Träger des Bemühens um die Fristenlösung waren,

Seite 2



## Portugal-Solidarität in Österreich



Erstmals seit langer Zeit ist es bei internationalistischen Kampagnen möglich, Solidarität mit einem aktiven, offensiven, revolutionären Prozeß zu üben. Niemals hat es in den

letzten Jahrzehnten in Europa eine Bewegung gegeben, die mit der portugiesischen auch nur annähernd vergleichbar ist.

Seite 3



## Gegen das reaktionäre „Volksbegehren“

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX ★

# offensiv links

**OFFENSIV**, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

**LINKS**, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10, Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145 Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10 Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5, -  
Abonnement: S 50, - jährlich

Kontonummer:  
223-102-976, Länderbank Wien

haben sich das demutsvolle Motto "Helfen statt Strafen" gegeben. Sie verzichten einerseits auf einen Kampf gegen die "Aktion Leben" und andererseits auf eine echte Durchsetzung der Fristenlösung, die durch die bisherige schlechte Praxis weitgehend unverwirklicht blieb. Von weitergehenden Forderungen kann überhaupt nicht gesprochen werden.

Die meisten Familienberatungsstellen und ähnliche Institutionen sind in Händen der Kirche und ihrer Organisationen, die immer wieder stolz verkünden, wieviel Abtreibungen sie durch "ihre Beratung" verhindern konnten. Die Vertreter der österreichischen Kirche zeigen sich allen Problemen aufgeschlossen und treten seit neuestem, im Gegensatz zum Papst, für Aufklärung und Verhütungsmittel ein.

Die Ärzte halten sich zum Größten teil im eigenen Interesse, aufgrund

der allgemeinen Einstellung zu dieser Frage und im Namen der "Schützenden" bürgerlichen Moral an den Standpunkt der "Aktion Leben" und an ihren "hypokratischen Eid". Ein Abgehen von diesem Standpunkt lassen sie sich teuer bezahlen.

All dies erscheint der SPÖ erträglich und nicht mehr zu ändern notwendig, als ob sie einen Sieg errungen hätte. Dabei wird schon zum Angriff geblasen in der Frage der Familienrechtsreform, was auf demselben Gebiet und auf der gleichen Ebene liegt.

Gerade weil bisher nicht alle, die z. B. den § 144 abgelehnt haben, offensiv und geschlossen aufgetreten sind um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, gerade deshalb glaubt der reaktionäre Klüngel er könne alle die nicht seiner Meinung sind als Verbrecher hinstellen.

Dagegen sollte etwas getan werden. ★

# Sozialdemokratie und Abtreibungsfrage

Wir wollen in diesem Beitrag darstellen, inwieweit die Haltung einer sozialdemokratischen Partei zum Abtreibungsverbot ein Gradmesser dafür ist, wie groß der Einfluß der bürgerlichen Moral und Sitte auf die Partei ist, in welchem Ausmaß die Führung der Partei mit der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung verflochten ist. Diese Überlegung ist sicher richtig, aber sie genügt nicht um die Entwicklung innerhalb der SPÖ zu erklären, insbesondere während der letzten Jahre.

Die geschilderte Überlegung genügt, um zu erklären, warum es im Linzer Programm der SPÖ (1926) noch hieß:

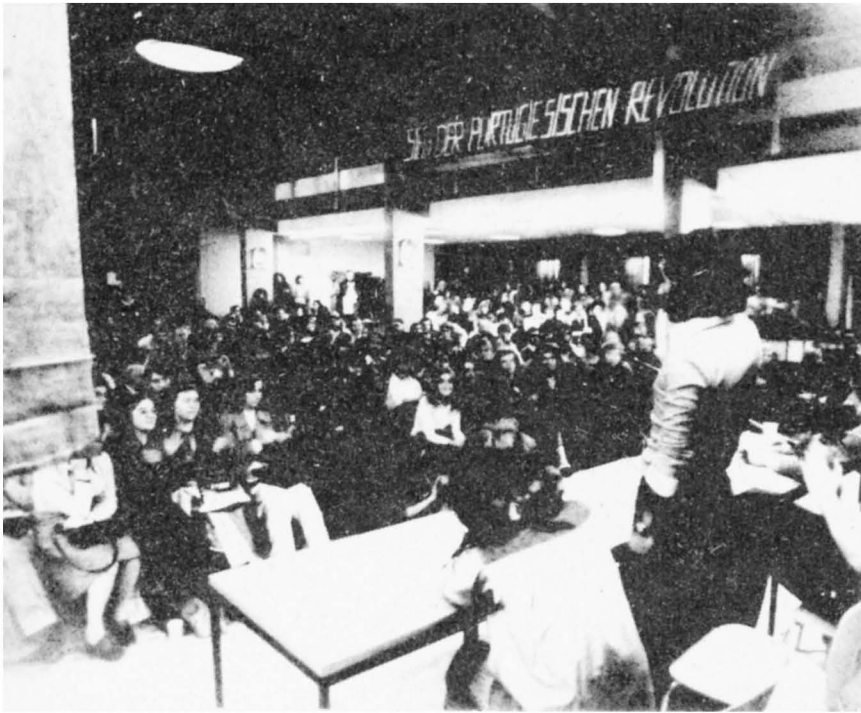
"Die Unterbrechung der Schwangerschaft ist nicht durch Strafdrohungen, sondern durch Beratung und soziale Fürsorge zu bekämpfen. Zunächst ist die Unterbrechung der Schwangerschaft für straffrei zu erklären, wenn

sie von einem Arzt in einer öffentlichen Heilanstalt auf Antrag der Schwangeren vorgenommen wird; die öffentlichen Heilanstalten sind verpflichtet, diese Operation auf Antrag der Schwangeren vorzunehmen, wenn die zuständigen Ärzte feststellen, daß die Geburt die Gesundheit der Schwangeren gefährden würde oder, daß die Geburt eines lebensuntüchtigen Kindes zu erwarten wäre oder wenn die öffentliche Fürsorge feststellt, daß die Geburt des Kindes die wirtschaftliche Existenz der Schwangeren, ihr berufliches Fortkommen oder die Erziehung ihrer bereits lebenden Kinder gefährden würde. Die Operation ist unentgeltlich vorzunehmen." (1)

Während das Aktionsprogramm der SPÖ von 1947 schon viel vager formuliert:

"Die Sozialistische Partei sieht in der





Fortsetzung von Seite 1

### Portugal-Solidarität in Österreich

Entsprechend diesem Stellenwert war das Interesse vergleichsweise mit anderen linken Veranstaltungen sehr breit, obwohl die Portugal-Solidaritätsarbeit in Österreich erst am Anfang steht.

Veranstaltungen	Teilnehmer
Wien 28.10. ....	600
Graz 29.10. ....	270
Salzburg 30.10. ....	250
Innsbruck 31.10. ....	120
Wien 3.11. ....	170
Wien 4.11. ....	230
Klagenfurt 6.11. ....	130

(Veranstalter: Cine-Club, Klagenfurt)

Der Film "Viva Portugal" dokumentierte eindrucksvoll die Lernprozesse und Initiativen der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Soldaten in Portugal. Genosse Leandro da Silva von der MES versuchte als Vertreter der revolutionären Einheitsfront die Hintergründe der jüngsten Entwicklungen darzulegen (sein Referat wird in "Poder Popular" Nr. 2 abgedruckt, die im Dezember erscheint). Leider wurden fast überall die Diskussionen nur mehr zur organisationspezifischen Abgrenzung benutzt, was einmal mehr ein fragwürdiges Licht auf die österreichische Linke warf.

Besonders positiv war die gute, weil auf inhaltlicher Übereinstimmung basierende Zusammenarbeit mit der ISP (Initiative für sozialistische Politik), der DSU (Demokratische Studenten Union) Graz, dem VSStÖ (Verband Sozialistischer Studenten) Salzburg und dem ZBS (Zentrum basisdemokratischer Sozialisten) Innsbruck. Hier wurden in positiver Art verschiedene Organisationsnamen einem gemeinsamen Ziel untergeordnet, was für Österreich fast einmalig ist.



An allen Veranstaltungsorten wurden Portugal-Komitees gegründet, die weiterhin initiativ in der Solidaritätsarbeit sein wollen. Die portugiesische Revolution wird wegen ihrer Bedeutung mehr und mehr der Blickpunkt der Linken Europas. Gerade wegen ihrer möglichen Ausstrahlung unternimmt der Imperialismus alle Anstrengungen, um sie, und seien es chilenische Methoden, zu zerstören. Die österreichische Linke sollte begreifen, daß Solidarität erst dann, wenn ein faschistischer Putsch Erfolg gehabt hat, relativ wenig nützt. Heute muß die größtmögliche Solidarität mit der portugiesischen Revolution erreicht werden!

K.L. ★

## Spendet für Portugal !

Spendenkonto:

Länderbank Wien:

223-102-976/01

Kennwort:

"Portugal-Spanien-Solidarität"

## Sozialdemokratie und Abtreibungsfrage

schrankenlosen Schwangerschaftsunterbrechung die schwerste Gesundheitsgefährdung für die Frau. Es sind öffentliche Stellen für Ehe und Lebensberatung einzurichten. Die Unterbrechung der Schwangerschaft wird nicht durch Strafandrohung, sondern durch Beratung und soziale Fürsorge bekämpft werden." (2)

Bis dann das neue Parteiprogramm der SPÖ (1958) über die Frage des damals in Kraft befindlichen § 144 einfach schweigt und in der Regierungserklärung, abgegeben von Bundeskanzler Kreisky vor dem Nationalrat am 27. April 1970, zwar ein Abschnitt über die Notwendigkeit strafgesetzlicher Bestimmungen gegen Tierquälerei enthalten ist, aber kein Wort über den § 144. (3)

Diese Entwicklung ist – wie schon betont – mit der immer enger werdenden Bindung der Führung der SPÖ an die kapitalistische Gesellschaftsordnung, an ihre Moral und an ihren Geldsack erklärbar. Aber warum hat dann diese Parteiführung trotz alledem die Initiative ergriffen, um den alten § 144 durch eine Regelung zu ersetzen, die zwar gekennzeichnet ist von Halbheiten, aber sicherlich eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem alten § 144 bedeutet? Um diesen scheinbaren Widerspruch zu erklären, muß man neben der Verschmelzung der SP-Führung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine ganze Reihe von anderen Umständen in Betracht ziehen:

+ Es bestehen gegenwärtig andere Möglichkeiten dem Bedürfnis der kapitalistischen Wirtschaft nach möglichst vielen und daher billigen Arbeitskräften Rechnung zu tragen, als vor 100 Jahren. Es hat sich für zweckdienlicher erwiesen Gastarbeiter und den verelendeten Massen der Entwicklungsländer die Rolle zuzuweisen, die einst ein Teil der Arbeiterschaft auch in den industrialisierten Staaten Westeuropas übernehmen mußte: nämlich die Rolle des Arbeitskräfte-reservoirs, welches nur zu Zeiten der Hochkonjunktur beschäftigt wird, sonst aber dazu dient den Preis der Ware Arbeitskraft zu senken. (In diesem Zusammenhang

ist es nicht uninteressant darauf hinzuweisen, daß auch rein bürgerliche Parteien, z. B. in Frankreich, zu ähnlichen gesetzlichen Regelungen die Initiative ergriffen, wie in Österreich die SPÖ.)

+ Die Führung der SPÖ ist nicht gleichzusetzen mit der Führung anderer bürgerlichen Parteien z. B. ÖVP und FPÖ. Die Führungen von ÖVP und FPÖ rekrutieren die Kernschichten ihrer Wählerschaft aus der bürgerlichen Klasse, die SPÖ rekrutiert die Kernschicht ihrer Wählerschaft aus der Arbeiterklasse.

ÖVP und FPÖ macht es keine Schwierigkeiten die Kernschichten ihrer Wählerschaft bei der Stange zu halten, betreiben diese Parteien doch Politik vor allem im Dienste des Kapitals, die Führung der SPÖ muß aber eine Doppelaufgabe erfüllen:

Politik im Interesse des Kapitals treiben und gleichzeitig die Kernschichten der Wählerschaft, die aus ihren Klasseninteresse heraus zu einer Politik gegen das Kapital neigen, bei der Stange zu halten.

Um dieser Doppelaufgabe gerecht zu werden, ist die SPÖ-Führung gezwungen Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, soweit sie im Rahmen des bestehenden System realisierbar erscheinen. Und eine dieser Interessen, eines dieser Bedürfnisse der Arbeiterschaft war zweifellos die Beseitigung des alten § 144.

Wenn wir die beiden, nun dargelegten, Umstände in unsere ursprüngliche Überlegung miteinbeziehen, kommen wir zu folgendem Schluß: Es ist richtig, daß die Frage der Beseitigung des Abtreibungsverbotes ein Barometer für die Integration der SPÖ-Führung in die bürgerliche Gesellschaft war, aber aufgrund des Umstandes, daß dem gegenwärtigen Kapitalismus andere Arbeitskräfte-reservoirs (Gastarbeiter, Entwicklungsländer) zur Verfügung stehen, war die Neuregelung der Abtreibungsfrage für die SPÖ-Führung möglich, ohne wesentliche objektive Interessen dieses Systems zu verletzen. Gleichzeitig konnte sie – entsprechend ihrer Doppelaufgabe – eine Forderung der Arbeiterklasse erfüllen.

Damit haben wir erklärt, warum es auf dem Parteitag 1970 in Villach einer relativ kleinen Personengruppe, die sich hauptsächlich in einem Arbeitskreis der Jungen Generation der SPÖ sammelte, unterstützt von der SP-Frauenorganisation und von "austromarxistischen" Traditionen, Reminiszenzen an die Zeiten Otto Bauers, möglich war, dieses Gremium gegen den versteckten und offenen Widerstand vor allem der Parteiführungen in den Bundesländern (Salcher – SPÖ-Tirol!) zu einem Beschluß über die Beseitigung des § 144 zu veranlassen. Damit haben wir auch erklärt, warum die Regierung einen Beschluß des Parteitages wirklich durchgeführt hat. (Jeder, der die SPÖ kennt, weiß, daß es garnicht so selten ist, daß Parteitagsbeschlüsse "vergessen" oder auf die lange Bank geschoben werden, wenn sie dem Parteivorstand nicht genehm sind.)

Aber: die SPÖ wäre ja nicht der "Sozialpartner" des Kapitals, wenn sie nicht auf jeden Tadel von Seiten der Kapitalisten und der sie vertretenden Parteien duckmäuserisch reagieren, zurückweichen würde. Als daher alle bürgerlichen Parteien von ÖVP über FPÖ bis hin zur NDP und die Kirche, teils aus wahltaktischen Gründen, teils weil die Exponenten der bürgerlichen Parteien noch von Vorstellungen beherrscht werden, die dem gegenwärtigen Kapitalismus nicht mehr entsprechen, aber auch weil die Möglichkeiten der Arbeitskräftebeschaffung durch Gastarbeiter oder Entwicklungsländer nicht allen Kapitalisten gleicherweise offenstehen, in Form der "Aktion Leben" die Gegenoffensive starteten, zitterte die SPÖ-Führung um das gute Einverständnis der "Sozialpartner". Und setzte der marschierenden Einheitsfront der Reaktion nur papierernen Widerstand entgegen. Sie beschränkt sich hauptsächlich darauf die Thematik des reformierten Abtreibungsparagrafen aus dem Wahlkampf um jeden Preis auszuklammern, um nicht die oft zitierten "alten Gräben aufzureissen". Das heißt im Klartext: es soll keinen Klassengegensatz und schon gar keinen Klassenkampf geben.

Auf diesem Rückzug konnte die SPÖ Erfolge buchen. Sonnenkönig Kreisky und Kardinal König diskutierten bei einem Abendessen "die sich immer

mehr zuspitzende Situation in der Auseinandersetzung über die Fristenlösung" (4). Und man einigte sich: Kreisky versprach "auf die SP-Jungen einzuwirken, damit sie antiklerikale Attacken unterlassen" (5), Kardinal König seinerseits versicherte "er werde alles tun um Übergriffe von Seiten kirchlicher Vertreter oder Leuten der 'Aktion Leben' zu vermeiden" (6). Beide erklärten, die Frage der Fristenlösung aus dem Wahlkampf ausklammern zu wollen. (7)

Die Wahlwerber haben sich weitgehend an dieses Abkommen, die Fristenlösung aus dem Wahlkampf auszuklammern, gehalten. Keiner war sich sicher, ob er mit dieser Frage gewinnen oder verlieren wird. Die SPÖ hat nun die Nationalratswahl gewonnen und ist beruhigt, daß dies trotz der umstrittenen Einführung der Fristenlösung möglich war.

F. K. /CH. G. /O. M.

(Das weitere siehe Seite 1.)

- (1) Zitiert nach: Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, hrg. v. Ernst Winkler, Wien 1971, S. 60 f.
- (2) Ebenda, S. 74.
- (3) Für ein modernes Österreich, Regierungserklärung abgegeben von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky am 27. 4. 1970 vor dem Nationalrat, hrg. vom Klub sozialistischer Abgeordneter und Bundesräte, Wien o. J.
- (4) Hans Mahr: Burgfriede Kirche - SP, in "Kronenzeitung" v. 9. 2. 75
- (5) Ebenda.
- (6) Ebenda.
- (7) Bis hierher ist der Artikel mit dem gleichnamigen Beitrag aus der Broschüre "Meinungen, Argumente, Stellungnahmen zur Abtreibungsfrage", des Komitees "Für straffreie Abtreibung", gleichlautend. ★

## Betriebsratswahlen: Zur Diskussion gestellt

Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1975 sind bekannt. Sie haben wie bereits die ersten Ergebnisse zeigten, einen beachtlichen Erfolg für die SPÖ gebracht. In erster Linie auf Kosten des GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock, KP-Fraktion im ÖGB) und auch des ÖAAB.

Wir wollen es noch einmal betonen. Für die Linke sind diese Ergebnisse kein Anlaß zur Freude, hat doch auch die unabhängige Linke, wie die Gewerkschaftliche Einheit (GE), ihre Positionen halten, aber nicht erweitern können. Worauf sind nun die Wahlergebnisse zurückzuführen und welche Bedeutung haben sie für unsere weitere Arbeit?

Es ist mir nicht möglich auf diese Frage die "einzig wahre" Antwort zu geben, vielmehr möchte ich einige Fragen zur Diskussion stellen, die möglicherweise uns helfen können Konsequenzen für unsere Gewerkschafts- und Betriebsarbeit zu ziehen.

Wir können und dürfen es uns nicht so leicht machen wie die KPÖ, deren Fraktionssekretär Streiter in der "arbeit" meint, daß im wesentlichen die Politik des GLB richtig war und an den Wahlniederlagen die objektive Lage schuld sei. Es ist doch interessant, daß gerade für die KPÖ immer nur die anderen an ihrem stetigem Abstieg schuld sind.

Wenn auch die Betriebsratswahlen zeigen, daß der GE keine neuen Erfolge gelungen sind, müssen bei der Beurteilung doch einige Unterschiede in der Ausgangsposition berücksichtigt werden. Nicht um das Ergebnis zu "verschönern", sondern um richtige Schlußfolgerungen ziehen zu können. Im Gegensatz zum GLB hat die GE keine traditionelle Partei als Rückendeckung und damit auch keinen Apparat zur Verfügung, während die KPÖ doch über eine Tageszeitung verfügt und in der Partei dutzende freigestellte Funktionäre arbeiten. Diese materielle Überlegenheit (immerhin hat die KPÖ für ihre Arbeit viele Millionen zur Verfügung) bedeutet zweifellos in der Agitation und Propaganda einen großen Vorteil gegenüber den anderen

Linken. Dies sei zum Verständnis der Lage der GE ebenfalls angeführt, wenn auch der stagnierende Einfluß nicht allein darauf zurückgeführt werden kann. Die anderen Ursachen werde ich versuchen in meinem Beitrag aufzuzeigen.

Betrachten wir nun die "objektiven" Ursachen.

### ANGST UM DEN ARBEITSPLATZ

Sicher spielt die Sorge um den Arbeitsplatz eine bedeutende Rolle. Doch die Frage, die wir beantworten müssen, ist: Weshalb wählen die Arbeiter gerade in einer derartigen Situation die SP? Ist doch die SPÖ in Österreich Regierungspartei und damit für die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich mitverantwortlich. Ich glaube, daß hier in erster Linie die KPÖ Opfer ihrer eigenen überspitzten Agitation geworden ist. Im Gegensatz zu den konkreten Erfahrungen der Arbeiterschaft wurde die SPÖ als Einpeitscher der Kapitalinteressen entlarvt und mit der ÖVP gleichgesetzt. Leicht ist nachweisbar, daß die KPÖ im Kampf gegen die SP-Politik - besonders im Wahlkampf - die gleichen Argumente und oft auch dabei den gleichen Wortschatz wie die ÖVP verwendet. Es stimmt zwar, daß die SP-Wirtschaftspolitik von der Prämisse ausgeht, daß die Unternehmer "gefördert" werden müssen, damit sie sich bereit erklären die Wirtschaft anzukurbeln, aber im Gegensatz zu den Wirtschaftskreisen der ÖVP hat die SPÖ einen Abbau der "Überbeschäftigung" nicht auf ihre Fahnen geschrieben (übrigens zum Unterschied von der SPD). Damit wurde jedoch eine Politik, die die SPÖ als Verantwortlichen für die Arbeitslosigkeit hinstellte unglaubwürdig, überhaupt in einer Situation die den Arbeitern zeigte, daß Österreich weit besser als das übrige westliche Ausland die Arbeitslosigkeit in den Griff bekam. Schließlich verlangte die KPÖ zur Arbeitsplatzsicherung vor allem eine Hebung der Massenkaufkraft und den Ausbau des Osthandels, eine Politik, die zum Teil



von der SPÖ bereits durchgeführt wurde. (Auch 1974 gab es Reallohn-erhöhungen und Staribacher konnte sich mit Milliardenaufträgen aus dem Osten rühmen.) Trotz aller berechtigten Kritik an der SP gab es daher für die Arbeiter keine Veranlassung die KPÖ zu wählen um diese Forderungen zu realisieren.

Es zeigte sich, daß mit "reformistischen" Forderungen – und solche waren es! – der SPÖ keine Konkurrenz gemacht werden kann. Schließlich ist die SPÖ was "Reformismus" anbelangt kompetenter und hat weit eher die Möglichkeiten auf diesem Gebiet Illusionen zu erwecken. Uns ist es nicht gelungen aufzuzeigen weshalb die Politik der SPÖ, die in erster Linie den Wünschen des Kapitals Rechnung trägt, eine längerfristige Sicherung der Arbeitsplätze nicht garantiert. Hier müssen wir ansetzen und versuchen eine Politik zu entwickeln, die es ermöglicht der kapitalistischen Logik, die im Bewußtsein breiter Teile der Arbeiterschaft verankert ist, wirksam entgegenzuwirken. Daß dies nicht mit "Wirtschaftsanleitungen", wie der Kapitalismus besser funktionieren könnte, möglich ist, scheinen die Wahlen zu beweisen.

Wir haben immer wieder darauf verwiesen, daß die Politik der Sozialpartnerschaft deshalb eine breite Massenbasis hat, weil es der SP-Gewerkschaftsfraktion in den letzten Jahren – besonders während der Kreisky-Regierung – gelungen ist soziale Verbesserungen zu realisieren, die allerdings nichts am Grundcharakter und Wesen des Kapitalismus geändert haben.

#### BEDEUTUNG SOZIALER VERBESSERUNGEN

Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verbesserung im Krankheitsfall, Schulbuchaktion, um einiges anzuführen, sind mit Recht als echte Verbesserungen gewertet worden.

Die Bedeutung dieser sozialen Verbesserungen wurde ebenfalls seitens der KPÖ und auch von vielen linken Genossen, unterschätzt.

#### DIE ROLLE DES ANTIKOMMUNISMUS

Auch hier ist es sicherlich richtig den Antikommunismus als eine der Ursachen anzuführen. Doch auch damit

wird das Problem nicht gelöst, weshalb in Zeiten in denen der Antikommunismus wesentlich stärker war als heute (Kalter Krieg, Ungarn-Ereignisse, 1968) die KPÖ dennoch bessere Positionen in den Betrieben hatte. Die KPÖ hat gerade in der letzten Zeit versucht den "realen" Sozialismus als Alternative anzupreisen und den Arbeitern wider besseren Wissens einzureden, daß in diesen Staaten alles zum Besten steht. Diese Bemühungen mußten angesichts der in der Arbeiterschaft bekannten Zustände scheitern.

Auf Grund unserer geringen propagandistischen Möglichkeiten ist es uns nicht gelungen dem Antikommunismus – als Waffe der Bourgeoisie gegen die gesamte Linke – wirksam entgegenzutreten.

Schließlich muß noch festgehalten werden, daß die KPÖ mit der Diskriminierung aller linken Kräfte, die mit der Politik der KPÖ nicht übereinstimmen, ebenfalls dem Antikommunismus Vorschub leistet.

#### PERSONEN ENTSCHIEDEN!

Betriebsratswahlen sind im Gegensatz zu den meisten anderen Wahlen weit stärker durch die einzelne Person bestimmt. Viele Linke werden gewählt nicht weil sie links sind, sondern obwohl sie links sind. Hier zeigte sich am deutlichsten unsere organisatorische Schwäche. Es ist uns nicht gelungen jenen Personenkreis in den Betrieben zu erreichen, der kritisch denkt und vielfach bereit wäre die Interessen seiner Kollegen konsequent zu vertreten.

Unsere Gewerkschaftsarbeit müßte daraufhin orientiert werden, den bereits kritische Denkenden, Impulse zu geben sich intensiver mit Problemen der Arbeiterbewegung zu beschäftigen. Es kommt darauf an diesen Kollegen bewußt zu machen, weshalb zur Wahrung ihrer Interessen die Gewerkschaftliche Einheit notwendig ist. Die nächste Aufgabe scheint es daher zu sein unsere Agitation und unsere Aktionen darauf zu konzentrieren, jene Zielgruppen zu erreichen, die heute schon an gesellschaftspolitischen Problemen interessiert sind und sich darauf in erster Linie alternative Antworten erwarten.

Hans Margulies



#### Der Fall „Peter“:

## Der stärkste Kreisky, den es je gab?

"Kreisky, der Triumphator" – verkündeten die bürgerlichen Medien nach den Wahlen am 5. Oktober. Nicht nur ein Mann, der an der Spitze einer Bewegung steht, diese Bewegung selbst schien mit ihm auf einem neuerlichen Höhepunkt des Erfolges angelangt zu sein. Steigt manch einem der Erfolg zu Kopf, muß man bei Kreisky annehmen, ihm habe er sich, wenn schon nicht auf's Hirn, so doch auf das sonst doch immer so beschauliche "Gemüt" geschlagen. Oder ist's Angst vor der eigenen Stärke, die ihm zu den Bocksprüngen alpenländischer Dialektik verhalf, als ihm Wiesenthal auf die (Achilles) Ferse trat? Zugegeben, die Vorstellung mußte Kreisky kalte Schauer über den Rücken gejagt haben, daß er bei einem anderen Wahlergebnis seiner Partei, mitten im "kleinen" Koalitionsfeilschen mit FPÖ-Obersturmchef Peter und Vizekanzler in spe von den Mitteilungen Wiesenthals aufgestört worden wären. So aber war die ursprünglich für handfeste parteipolitische Zwecke gedachte Zeitbombe sozusagen auf freiem Feld explodiert, höchstens moralischen Staub aufwirbelnd, aber nicht ein Tausendstel der beabsichtigten Wirkung erzielend. Kreisky aber reagierte wie von der Tarantel gestochen. Die Wahrheit, die angeblich jeder schon die längste Zeit wußte, traf ihn, öffentlich gezielt ausgesprochen, härter als die Schmährufe aufgestachelter Chauvinisten und Ehemaliger in Klagenfurt nach den Ortstafelstürmen: "Saujud" war noch das Geilindeste, was er dort zu hören bekam. Dieser sozialdemokratische Volkskaiser und Politopa ereiferte sich wie ein jugendlicher Hitzkopf: das sei gegen ihn persönlich gerichtet gewesen,

schnaubte er erregt und stotterte irgendwas von einer Mafia daher. Starke Worte eines starken Mannes, fürwahr! Wenn man dabei nicht gleich an die sizilianischen Mitglieder der ehrenwerten Gesellschaft, an die Schwarze Hand, an Erpressung, Nötigung, Rauschgiftschmuggel und dergleichen mehr dachte, konnte man ja das Wort auch gleich mit einer Wendung assoziieren, die in österreichischen Ohren weitaus vertrauter klingen dürfte: jüdische (Welt)Verschwörung! Aber das reichte durchaus nicht: Kreisky, vielleicht ein aufmerksamer Kronen-Zeitungsleser, fand zu "besonneren" Argumenten zurück, deren Grundstruktur in einer Kolumne Viktor Reimanns (Verfasser der KZ-Serie "Juden in Österreich") vorgegeben wurde. Reimann argumentierte folgendermaßen gegen die Forderung des Vorstands der Österreichischen Widerstandskämpfer, Peter solle im Interesse des Ansehens Österreichs von der politischen Szene abtreten: Peter war bei einer SS-Einheit, deren Aufgabe darin bestand, zu plündern, zu foltern und zu morden. (Die Kriegstagebücher dieser SS belegen dies kalt, zynisch und anschaulich. Die Opfer hießen Juden, Zigeuner, "Banditen". Peter konnte, darüber befragt, die "Objekte" seiner freiwilligen Kampftätigkeit nicht so titulieren. Er sprach von Partisanenbekämpfung und fügte vielsagend hinzu, es könne sich jeder vorstellen, wie hart es dabei zugegangen sei!) Nun könne daraus zwar gefolgert werden, führt Reimann aus, daß Peter als Angehöriger dieser Brigade an solchen Taten beteiligt gewesen sein muß, aber das sei reine Vermutung, ohne erhärtende Beweise reiche das zu einer strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung nicht aus. Und nun kommt das Glanzstück seiner Argumentation: er, Reimann, sei 1943 von der Gestapo verhaftet und vor Gericht gestellt worden. Er stand im Verdacht, mit einer Widerstandsgruppe in Verbindung gestanden zu haben. Man fand aber - im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der Widerstandsgruppe - kein belastendes Dokument bei ihm über seine Zugehörigkeit. Das Fallbeil sei ihm erspart gewesen, weil sein Verteidiger durch einen kühnen Vorstoß das Gericht durch diese Tatsache zu be-

Im "Tätigkeitsbericht der 1. SS-Infanterie-Brigade (mot) für die Zeit vom 27.7.41/12.00 Uhr - 30.7.41/12.00 Uhr" heißt es unter Punkt 9:

"Soldaten russischer Volkszugehörigkeit (9) wurden in Zivil festgenommen und als Freischärler erschossen. Ferner wurden wegen Begünstigung des Bolschewismus bolschewistischer Freischärler bis zum Ende der Berichtszeit rund 800 Juden und Jüdinnen im Alter von 16 - 60 Jahren erschossen.

5 sowjetrussische Funktionäre, (davon eine Frau) die auf Kolchosen angestellt waren, wurden erschossen.

Die Säuberungsaktion wird voraussichtlich noch in den Abendstunden des 30.7.41 beendet." (Seite 96)

Im Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 6.8.41/12 Uhr - 10.8.41/12 Uhr findet sich unter anderem folgende Eintragung:

"Säuberungsaktion der Regimentsseinheiten SS-I.R.10 in Tschernjachow.

Beginn: 7.8.41, 15.00 Uhr Beendigung: 8.8.41, 11.00 Uhr

Ergebnis : Erschossen: 232 Juden, die bolschewistischen Banden Vorschub geleistet haben, 17 russische Soldaten in Zivilkleidern, die sich an Tagen in Wäldern und auf Feldern aufhielten, bei Nacht in Dörfer kamen und die Bevölkerung beunruhigten." (Seite 105)

Im Tätigkeitsbericht vom 29.8.41/12.00 Uhr - 5.9.41/12 Uhr ist eine "Nachmeldung" folgenden Inhalts zu finden:

"Nachmeldung zur Säuberungsaktion nördlich der Rollbahn, Bislokurowicze

a) Die Zahl der im Nachsatz des Tätigkeitsberichtes vom 5.9.41 Erschossenen erhöht sich auf

722 Juden

13 Partisanen

b) Gesamtergebnis an Erschossenen erhöht sich damit 1031 Juden und Partisanen

In der Zeit vom 10.9. bis 10.41 wurden

"Aktionen nach Kriegsausbruch"

durchgeführt

<u>Erwachsene</u>		
männlich	4.145	
weiblich	1.033	
<u>Kinder</u>		
männlich	126	
weiblich	92	
gesamt	5.397	

(Seite 136)

Im "Bericht über das Unternehmen 'Nürnberg' vom 22.11. bis 26.11.1942 also einer Sonderaktion bei der die Einheit, welcher der damalige SS-Unterscharführer Friedrich Peter angehörte, ist folgendes "Gesamtergebnis" enthalten:

"Gesamtergebnis"

Datum	Banditen	Juden	Zigeuner	Sonderbehandelte	eigene Verluste
22.11.	-	-	-	15	1 Toter
23.11.	4	8	7	287	2 Tote
24.11.	14	-	-	268	1 l. Verrundeter
25.11.	42	2	-	68	1 Toter
26.11.	-	-	-	-	-
<u>Gesamt: 60</u>					4 Tote
					1 l. Verrundeter
<u>Insgesamt:</u>					715

(Seite 180)



einfließen vermochte. Ihm sei als vermeintlichem Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime Gnade gewährt (er ist nur ein paar Jahre auf bloßen Verdacht hin eingelocht worden!) – so müsse als vermeintlichen Mörder und Folterknecht auch Friedrich Peter von der moralischen Instanz der Geschichte und der österreichischen Öffentlichkeit Gerechtigkeit widerfahren. Denn der NS-Blutjustiz wegen fehlenden Indizbeweises entronnen zu sein ist zwar nicht dasselbe, kann der Leser schlußfolgern, aber doch das gleiche wie wegen Nichtbeweisbarkeit einzelner konkreter Tatbestände bei Angehörigkeit zu einer SS-Mörderbrigade als Parlaments- und vielleicht auch Regierungszierde Österreichs unangetastet zu bleiben. Wie schaut diese Dialektik nun bei Kreisky aus? Er führte nach einer Ministerratssitzung in der Hofburg majestätisch aus: Wenn ein Jude das NS-Regime überlebt habe (gemeint ist Wiesenthal), sozusagen "durch den Rost gefallen" sei, könne auch nicht die Frage gestellt werden, wie denn das wohl möglich gewesen sei! Wenn also Friedrich Peter beteuert, er habe als Angehöriger einer SS-Mörderbrigade seine reine Weste bewahrt, so bestehe für ihn, Kreisky, auch kein Anlaß daran zu zweifeln. Es ist zwar nicht dasselbe, aber doch das gleiche als Jude im Dritten Reich "durch den Rost gefallen" oder eben inmitten einer Mörderschar das reinste Lamperl geblieben zu sein! Nestroy? Herzmanovsky-Orlando? Kafka? Mir fällt dazu nichts, kein Name, keine Analogie ein. Reimann und Kreisky, das ist österreichischer Widerstand und Opfergang: sie haben halt beide Masen gehabt und jetzt führen sie den ärgsten Schmach. Schmach kommt bekanntlich von Schmähung und Schmach...

Z. ★

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

Erscheint monatlich

**das  
konzept**

Redaktion: Peter Reimann, Ruedi Kögler,  
Rolf Hall, Beat Schmalgruber  
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich,  
Tel. ☎ (01) 47 75 30  
Abonnement: pro Jahr Fr. 15.-  
(Ausland Fr. 18.-)  
Inserat: Moos-Aemmer AG, Limmat-  
quai 94, 8023 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 34 00

Englands Sozialdemokraten und Konservative:

## Ein Exempel in Krisenpolitik

BÜRGERLICHE MODELLE UND DIE  
WIRTSCHAFTSPRAKTIKER

Als Denis Healey im März 1974 Schatzkanzler wurde, ließ er ein Hearing der 10 bekanntesten englischen Ökonomen (alle Spitzenreiter in der berühmten Leserbriefkolumne der TIMES) einberufen. Sie sollten ihre Meinung zum dringendsten aller Probleme - der Inflation - sagen. Aber schon unmittelbar nach ihrer Ankunft fingen sie zu stammeln an.

Der Sache war auch nicht geholfen, als einer der Herren erläuterte, er habe Schwierigkeiten mit seinem Modell der englischen Wirtschaft, und - im selben Moment - nicht angeben konnte, ob der Schatzkanzler 1 Milliarde Pfund der Wirtschaft entziehen oder 1 Milliarde hineinpumpen solle. Mr. Healey wurde ärgerlich: Er hatte schließlich in 3 Wochen ein Budget vorzulegen. (The Observer, 22.9.74)

So gespalten wie die akademische Wirtschaftswissenschaft sind auch die Politiker. Wenn sie sich auch hinten und vorne nicht über Ursachen und Medizin der Krise verständigen können, in einem sind sie sich einig: Die Löhne müssen niedergehalten werden. Nur in den Methoden, wie man gegen den Lebensstandard und die Positionen der Arbeiter vorgehen soll, unterscheiden sie sich: Die Liberalen sind für statuarische Einkommenspolitik (Lohnkontrolle mit gesetzlichem Zwang), die Tories waren unter Heath für freiwillige Einkommenspolitik - abgestützt durch gesetzliche Sanktionen, die Labour-Regierung tritt für den SOZIALKONTRAKT, eine freiwillige Lohnbeschränkung, ein.

DIE LABOUR-PARTY-LÖSUNG:  
EINFRIEREN DER LÖHNE MIT HILFE  
DER GEWERKSCHAFTEN

Im September/Oktober gab's wieder einmal konzentrierte öffentliche Debatte von Krisenstrategien der bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaft-

ten. Anfang September hielt der TUC (Trades Union Congress = Dachorganisation der englischen Gewerkschaften) seine jährliche Konferenz ab. Es war eine handfeste Manifestation der Zusammenarbeit von Labour-Regierung und Gewerkschaften. Jack Jones, Transportarbeiterchef und einst links-extremistischer Buhmann der bürgerlichen Medien, legte einen Plan vor, wie man die Labour-Regierung im Amt halten, die Arbeitslosigkeit zumindest begrenzen und die Investitionen anregen könne:

- Einfrieren der Wochenlohnzuwachs-forderungen auf 6 Pfund (bei einem Durchschnittslohn von 40 Pfund und 26% Inflation kommt das einem Reallohnverlust gleich)
- selektive Import- und Kapitalkontrollen
- Schaffung eines nationalen Investitionsfonds, in den die Unternehmer nicht-investierte Gewinne einzahlen müssen.

Mit einer Mehrheit von 2:1 wurde Jones' Lohnstop-Programm akzeptiert. Gleichzeitig anerkannten die Gewerkschaften, die bürgerliche Propaganda, daß die Löhne die Inflation verursachen. Sie fanden sich auch damit ab, daß die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen und die Regierung nichts tun würde, um die Wirtschaft in Gang zu bringen. Die rechte TUC-Spitze und Jones, einer der Sprecher der offiziellen Labour-"Linken", erklärten, daß eine freiwillige Lohnzurückhaltung die einzige Alternative sei. Sonst werde die Arbeitslosigkeit die Wirtschaftspolitik Englands werden und die Labour-Regierung stürzen, was fürchterliche Konfrontationen und reaktionäre Maßnahmen auslösen würde. Vor diese demagogische Wahl gestellt, kapitulierten die meisten Gewerkschaften. Dagegen ist es für die bürgerlichen Kommentatoren ganz klar, daß die Labour-Regierung keine Gewissensbisse wegen der hohen Arbeitslosigkeit von ca. 5,8% (in einigen Gebieten wie Glas-



gow sogar 10%) hat. Im Gegenteil, sie setzt die Arbeitslosigkeit bewußt als Krisenlösungsmittel ein. Schatzkanzler Healey's deflationäre Wirtschaftspolitik operiert mit zwei Händen: mit der Linken, Jack Jones, hält sie die Gewerkschaften am Zügel und bremst die Löhne, mit der Rechten, der Arbeitslosigkeit, diszipliniert sie die Arbeiter. (The Guardian)

Die englischen Gewerkschaften haben sich mit dieser Loyalität zur Wilson-Regierung zwar das dicke Lob der bürgerlichen Öffentlichkeit verdient, sie sind aber damit praktisch handlungsunfähig und hilflos gegenüber der anwachsenden wirtschaftlichen Misere geworden.

#### DIE NIEDERLAGE DER LABOUR-LINKEN

Die aktive Rolle der Labour-Regierung und der Gewerkschaften im Krisen-Management hat einige der prominenten linksreformistischen Gewerkschaftsführer gezwungen, offen Stellung gegen linke Politik zu beziehen und auf die Seite der Regierung überzugehen. Das hat den linken Flügel der Labour-Party (die sogenannte Tribune-Linke) jetzt in zwei Richtungen zerrissen. Der Labour-Parteikongreß Anfang Oktober setzte die Serie der schweren Niederlage der Labour-Linken geradlinig fort: Ian Mikardo griff die "neuen Gemäßigten", die Gewerkschaften, Jack Jones und Michael Foot (bis zu seinem Posten als Staatssekretär für Beschäftigung der Führer der Linken) an, daß sie die Armen, die Pensionisten, die Arbeiterklasse und den Sozialismus im Stich ließen und die Armen unter der Labour-Regierung ärmer würden. Daraufhin gab es einen Tumult unter den Labour-Linken. Foots und Jones, zwei gerissene Volkstribunen, machten Mikardo nach Strich und Faden fertig. Die Linke traute sich während des ganzen Parteitages nichts mehr zu sagen. Sie bekam einmal mehr die gewichtige Lektion der Labour-Geschichte zu spüren: daß sie jemand wie Sir Stafford Cripps oder Michael Foot, der in den "linken" Traditionen der englischen Arbeiterbewegung aufgewachsen und in ihr sein "Handwerk" gelernt hat, nicht

schlagen kann (The Economist vom 4. 10. 75). Alles in allem war der Effekt eine gewaltige Stärkung von Wilson und ein Riß zwischen Tribune-Linken und der Hauptströmung in den Gewerkschaften.

#### DIE ALTE-NEUE TORY-LÖSUNG: MANCHESTERLIBERALISMUS

Die Wilson-Regierung tut sich gerade deshalb so leicht in ihrem Bündnis mit den ehemaligen Linken, weil die Konservativen, die Tories immer weiter nach rechts abschwimmen. Deren Führerin propagierte auf dem Parteikongreß das "Recht auf Ungleichheit", die Senkung der Steuern für die besser Verdienenden, den Ausbau der Privilegien der Besitzenden, die Kürzung der öffentlichen Ausgaben für Sozialleistungen und staatliche Investitionen. Von den Gewerkschaften wird diese Beschwörung des Manchesterliberalismus als ein offener Angriff auf den "Nachkriegskonsens" (sozialer Wohlfahrtsstaat, Zusammenarbeit von Staat und Gewerkschaften, staatliche Garantie der Vollbeschäftigung) empfunden. Wenn solche Figuren wie die Vorsitzende der Konservativen, Thatcher, in der herrschenden Klasse das Sagen haben, kann sogar ein Mann wie Edward Heath, der ehemalige Tory-Parteichef, als "Linkskonservativer" bezeichnet werden. Heath sieht nämlich ein, daß man die Mitarbeit der Gewerkschaften braucht, um die Löhne zu "mäßigen" und daß die Politik Thatchers nur die Arbeitslosigkeit steigern würde.

Der konservative Parteitag war ein Ausdruck der Verunsicherung und Nostalgie der herrschenden Klasse und des Kleinbürgertums. Mrs. Thatcher wollte ihren Mittel- und Oberklassenanhängern "Zuversicht" (Neue Zürcher Zeitung) geben.

In einem Moment, da die herrschenden Klassen in einer solchen ideologischen Verwirrung regierungsunfähig sind und die Kapitalisten "auf den Knien liegen" (Ken Gill, KPE) wird aber das Versagen der Labour-Party umso mehr sichtbar und bedrückend.

J. P.

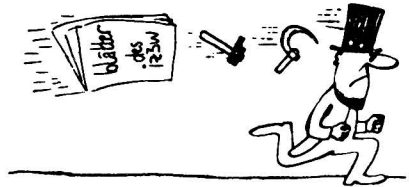


## blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

+ Nestle als Babykiller + Geheimgutachten zur Kulturpolitik der BRD in Indonesien + Wie China das Ernährungsproblem löste + NATO: Faktische Militärallianz mit Südafrika + VW do Brasil + Sahel-Zone: Die sozio-ökonomischen Ursachen der Hungersnot + Argentinien nach Peron Vietnam: Zur aktuellen Lage +

Das sind einige der Themen, die in den letzten Hefen der blätter des iz3w behandelt wurden.



Die in 10 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt“  
gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt  
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen  
+ setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie“ mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander  
+ erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt  
+ nimmt Teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern mit 40–60 Seiten: DM 25,- (für Studenten etc. DM 18,-)

Informationszentrum Dritte Welt 78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003 Probexemplar anfordern!

Absender (bitte in Druckschrift)

Probexemplar an:

## AUF

EINE FRAUENZEITSCHRIFT

Erscheint viermal jährlich / 2. Jahrgang  
Heft 5 erscheint im Oktober

#### INHALT

Simone de Beauvoir spricht mit Jean-Paul Sartre über Feminismus  
Prostituierte kämpfen (Frankreich)  
Geschichte der Prostitution  
Krankenhausgeschichten

#### Bestellungen an:

AKTION UNABHÄNGIGER FRAUEN  
Tendlergasse 6/1-2, A-1090 Wien

Einzelheft S 15,-

Abonnement S 56,-, DM 10,-, sfr 11,50 (inkl. Porto)

# Die Kriegsgefahr besteht nach wie vor

## DIE RAHMENBEDINGUNGEN: DIE PRÄSENZ DER SUPERMÄCHTE

Die Einsätze der Supermächte im Mittelmeerraum sind seit dem Oktoberkrieg und dem Ölembargo noch größer geworden, als sie früher schon waren. Die USA waren – vor allem im Nahen Osten – schon immer die größte unter den Großmächten. Der Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder zur OPEC, die Versuche zur Koordinierung der arabischen Politik und eine Reihe ähnlicher Versuche zur Verbesserung der Handelsbedingungen der Länder der Dritten Welt auf dem Weltmarkt gegenüber den hochindustrialisierten Ländern bedrohten die Dominanz der USA.

Die Wiederversöhnung der USA mit Ägypten ist nun ein wesentlicher Schritt zur Wiederherstellung der Dominanz der USA. Gemeinsam mit den anderen kapitalistischen Staaten versucht nun Kissinger, Saudi Arabien, Jordanien, den Iran und die Golf-Scheichtümer auf seiner Seite zu halten. Die neue diplomatische Offensive der USA geht natürlich auf Kosten der anderen Großmacht, der UdSSR.

Die UdSSR hat als Antwort auf diese Politik vor allem die PLO verstärkt unterstützt. Dies geschieht allerdings in einem recht bescheidenen Ausmaß, weil die Sowjetunion ihre Pflichten im Rahmen der Entspannungsabkommen extensiv auslegt. Sie hat sich hier von Kissinger klar in die Defensive drängen lassen, zumal sie die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen um die Lieferung US-amerikanischen Weizens an die UdSSR nicht noch vergrößern wollten. Deshalb zeigte sie auch eine solch unentschlossene Haltung gegenüber der Politik der kleinen Schritte, obwohl die Sowjetunion im Einklang mit dem Repräsentanten des palästinensischen Volkes, der PLO, die Genfer Gespräche als Voraussetzung für eine dauerhafte Friedensregelung sieht.

## DAS NUKLEARE WETTRÜSTEN IM MITTELMEERRAUM

Das ständige Zurückweichen der UdSSR bedeutet aber nicht, daß diese Form der Entspannungspolitik ständig weitergehen wird. Beide Supermächte sind im östlichen Mittelmeerraum präsent, sowohl die UdSSR als auch die USA verfügen dort über atomar bestückte Flotten und U-Boote. Die Politik der USA in der letzten Zeit läßt sich auch unter dem Blickwinkel sehen, daß eine Reihe ihrer Stützpunkte dort gefährdet sind.

Als Ausgangspunkt für unsere Betrachtungen mag die Stärke der US-Stützpunkte auf den Azoren dienen. Dort befindet sich auf nahezu jeder Insel eine NATO-Base und entscheidende US-amerikanische Häfen und Landplätze. Die Luftbrücke nach Israel während des letzten Krieges mußte über den US-Stützpunkt Lajes geflogen werden, weil damals alle europäischen Länder die Landeerlaubnis verweigert hatten. Die Zukunft all dieser Stützpunkte sind durch die portugiesische Revolution in Frage gestellt. (Dies unter anderem ist die Erklärung für die breite Unterstützung der USA und der anderen NATO-Länder für Mario Soares SP, die Portugal in der NATO halten will und die US-Stützpunkte garantiert).

Gefährdet sind zweifellos auch die Stützpunkte in Spanien, deren bedeutendster die U-Boot-Basis in Rota ist. Es gibt nur drei solcher Stützpunkte außerhalb der USA (eine in Schottland und eine auf Guam) und die Spanier haben bei den letzten Verhandlungen um die Verlängerung der Stationierungsabkommen schon ziemliche Schwierigkeiten bezüglich des Preises für die Benützung gemacht. Ob die Abkommen nochmals verlängert werden, hängt zudem von der politischen Entwicklung nach Francos Tod ab.

Die Stützpunkte in Italien sind auch nicht ungefährdet. Zur Zeit bereitet

sich eine sozialistisch/kommunistische Aktionseinheit nach französischem Muster auf die Regierungsübernahme vor. Die Zukunft der Basen ist damit zumindest aus amerikanischer Sicht recht unsicher.

Griechenland ist dem Beispiel Frankreichs gefolgt und bleibt zwar politisch in der nordatlantischen Allianz, entzieht sich aber seinen militärischen Verpflichtungen. Die Opposition gegen die diversen Stützpunkte aber ist deutlich im Anwachsen.

Auf Zypern sind die britischen und die CENTO-Stützpunkte von einem neuen Krieg zwischen den Türken und den griechischen Zyprioten bedroht.

So bleiben jetzt nur die Türken über, wo sich der Druck für eine grundsätzliche Neuordnung des gegenseitigen Sicherheitsabkommens von 1969 verstärkt. In diesem Sinn ist auch der Beschluß des amerikanischen Kongresses zu verstehen, die Militärhilfe einzustellen.

In einem Interview mit einem hohen türkischen Diplomaten in der Londoner TIMES vom 14. Juli 1975 stellt dieser fest, daß keine türkische Regierung überleben könnte, die nicht mindestens ein oder zwei US-Stützpunkte schließen würde. Zwei dieser Basen sind Nuklearbasen: Incirlik in der Südtürkei, die ausschließlich von der US-Luftwaffe benützt wird, und Murted in der Nähe von Ankara. In Diyar Bakir im östlichen Anatolien steht ein aufwendiges Frühwarnsystem für sowjetische Raketen. Karanursel am Marmarameer besitzt eine riesige Fernaufklärstation.

Die Basis Sinop am Schwarzen Meer wird für computergesteuerte Nahaufklärung verwendet. Ankara will mehr Geld für und mehr Kontrolle über die US-Basen und überlegt, ob es nicht die Laufzeit für Stationierungsabkommen verkürzen sollte. Sie beträgt zur Zeit 30 Monate. Die Beziehungen zwischen Ankara und Washington sind auch aus diesen Gründen gespannt, obwohl der amerikanische Kongreß das Waffenembargo gegen die Türkei teilweise wiederaufgehoben hat.

Wenn man all diese Umstände im Auge behält, so könnte ein Krieg im Nahen Osten die Lage drastisch verschärfen – was umso wahrscheinlicher ist, als Kissinger mit dem Ein-

satz von Gewalt in diesem Raum gedroht hatte, falls etwa ein neues Öl-embargo gegen die Industriestaaten zustande kommen würde.

#### DIE ISRAELISCHE NUKLEARKRAFT

Die Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung liegt nicht nur in der Gefahr einer Konfrontation der beiden Supermächte. Niemand zweifelt heute mehr ernsthaft, daß Israel im Besitz von Atomwaffen ist. Charles Wakebridge stellt im MIDDLE EAST INTERNATIONAL vom März 1975 fest, daß Israel heute wahrscheinlich pro Jahr zwei Kilotonnen Nuklearrohstoff herstellt, die in den beiden Reaktoren von Dimona (seit 1963) im Negev und dem am Roten Meer hergestellt werden. Zwar sind bisher keine Tests über die Brauchbarkeit des Kernmaterials bekannt, aber ein Indiz dafür ist, daß die Israelis ein Angebot der USA zum Aufbau von zivilen Kraftwerken abgelehnt haben, weil dies zugleich bedeutet hätte, daß alle Kernkraftwerke einer gewissen Kontrolle unterstanden wären. Wie bedrohlich die Entwicklung des Kernmaterials in Israel ist, kann man schon daraus ersehen, daß die USA bisher zwar keine weiteren Kraftwerke, dafür aber Raketen geliefert haben, die Nuklearsprengköpfe zu tragen imstande sind: Die Lance- und die Pershing-Raketen. Diese Lieferung war eine entscheidende Forderung Israels für deren Bereitschaft, das Sinai-Abkommen zu unterzeichnen.

Auch die arabische Welt allen voran die Ägypter, sind bestrebt, ein atomares Abschreckungspotential auf die Füße zu stellen. Auch sie finden willige Lieferanten unter den imperialistischen Ländern, die damit ihr Öldefizit zu verringern trachten.

Wie stark das Pentagon die nukleare Stärke Israels einschätzt, zeigt sich aus einem Interview mit (Ex-)Verteidigungsminister Schlesinger, der auf die Frage, ob Israel unter dem Schutz des amerikanischen Nuklearschirmes stünde, am 6. Juni 1975 antwortete: "Ich glaube, daß die USA eine Verpflichtung gegenüber nicht nuklear geschützten Ländern, die unter der Drohung eines Nuklearangriffes stehen, übernommen haben." Er verband diese Aussage mit den unter

Daniel Cohn-Bendit

### Der große Basar

Aus Frankreich ausgewiesen, lebt er heute in Frankfurt. Seine Erzählungen und Reflexionen aus dem „Basar“ sind gleichzeitig Bestandsaufnahmen und Schlußfolgerungen aus der Geschichte der letzten 10 Jahre. Mai 68 aus heutiger Sicht eines Beteiligten. Kritik des Kommunismus. Das Identitätsproblem eines linksradikalen Juden. Israel. Starkult. In Deutschland: Betriebsarbeit, Emigranten, Rocker, politischer Terrorismus, Häuserkampf, Wohngemeinschaften, Kinder, Diskussion neuer Agitationsmittel und Organisationsformen.  
ca. 200 Seiten ca. 10 DM

Etienne Saint-Laurent

### Aufstand der Regionen

In den letzten Jahren revoltieren in zunehmendem Maß ethnische Minderheiten: die Elsässer, Bretonen, die Whyler Weinbauern. In ihrem Widerstand gegen das kapitalistische Zentrum verbinden sich traditionelle Momente mit modernsten Inhalten. Handelt es sich hier um einen überkommenen Nationalismus oder um eine neue Form sozialer Revolution? Saint-Laurent konfrontiert die Zielsetzungen und Inhalte der regionalen Aufstände mit der sozialistischen Theorie.  
ca. 80 Seiten ca. 8 DM

### TRKONT

8 München 80 Josephsburgstr.16

### Herbst

'75

Spanisches Zentrum Essen

### «Spanische Woche»

Zunehmend organisieren sich die „Communities“ der Fremdarbeiter in der BRD in „Zentren“ als Organisationsformen ihres Lebens und ihrer politischen Bestrebungen. In der „Spanischen Woche“, die das essener Zentrum veranstaltete, wurde das ganze Spektrum einer Fremdarbeiterexistenz in der BRD exemplarisch thematisiert.  
ca. 120 Seiten ca. 8 DM

### Die Wunden der Freiheit



Selbstzeugnisse, Kommentare u. Dokumente aus dem Kampf der Indianer gegen die weiße Eroberung und heutige Unterdrückung in den USA. Vom Beginn der Kolonisierung bis Wounded Knee.  
ca. 280 Seiten ca. 20 DM

endlich erschienen:

„Bommi“ Baumann

### Wie alles anfang

ca. 120 Seiten ca. 10 DM

Auf Anforderung schicken wir gern unseren ausführlichen Buch- und Schallplattenkatalog zu.

Eckhard Brockhaus

### Kapitalistische Entwicklung und Arbeiterkampf

(Vor dem ersten Weltkrieg) Krise und Funktionswandel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – Umwälzung der Produktionsstruktur – Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse – Massenkampf, Militanz, direkte Aktion, Arbeitsunlust als Merkmale der entstehenden „anderen“ Arbeiterbewegung.  
ca. 220 Seiten ca. 14 DM

Toni Negri

### PARTEI GEGEN DIE ARBEIT

Ausgangspunkt dieses Beitrags zur Theorie der Organisation ist die politische Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Die gesellschaftliche Arbeitskraft als universelle Individualität blockiert objektiv die weitere kapitalistische Entwicklung, bestimmt sich subjektiv durch die Verweigerung der Arbeit und das Verlangen nach Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Die leninistische Partei der Bündnisse, Übergangsprogramme, der Insurrektion ist in der Klasse selbst aufgegangen.  
ca. 80 Seiten ca. 8 DM

### AUTONOMIE

Zeitschrift zur aktuellen und vergangenem Gen... des Proletariats und ... endbewegung. Die Zeitschrift wird drei Schwerpunkte enthalten: \* Beiträge zur aktuellen Klassensituation in Schilderungen, politischer Analyse und theoretischen Versuchen. \* Geschichtliche Untersuchungen als „Vorgeschichte“ heutiger Zustände und zukünftiger Entwicklungen. Im Mittelpunkt wird die Geschichte der „anderen“ Arbeiterbewegung stehen. \* Selbstreflexionen der linken Bewegung und ihrer sozialen Bezüge.  
jede Nummer: 80 Seiten 5 DM

Johnson abgeschlossenen Verträgen, die Israel nicht unterzeichnet hatte: Den Verträgen nämlich, die die Weitergabe von Atomwaffen an solche Staaten, die sie noch nicht hatten ebenso untersagten, wie die Entwicklung eigener nuklearer Rüstungsgüter durch solche Staaten, die sie noch nicht besaßen.

#### ISRAELS NICHTANERKENNUNG DER UNO-RESOLUTIONEN

Das Hauptproblem im Nahen Osten – und dieses ist auch durch die Verträge zwischen Israel und Ägypten in keiner Weise berührt – ist das Problem der Palästinenser. Deshalb stellen

diese Verträge weder politisch noch nuklear eine Entspannung im Nahen Osten dar. Israel hat sich bisher geweigert, die UNO-Resolution 242 und 338 zu akzeptieren. Die UNO-Resolution 242 aus dem Jahr 1967 verlangt die Rückgabe der besetzten Gebiete und die volle Kompensation für die Palästinenser. Die UNO-Resolution 338 verlangt den Frieden auf der Basis der vorher zitierten Resolution. Die bedeutendsten Resolutionen in diesem Zusammenhang wurden nach dem Auftritt Jasir Arafats vor der UNO gefaßt. Die erste dieser Resolutionen bekräftigte das unabdingbare Recht des palästinensischen Volkes, zu seinen Häusern zurückzukehren, von de-



nen es vertrieben worden ist. Dann sein Recht auf seine Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung, sein Recht auf nationale Unabhängigkeit und volle Souveränität. In Anlehnung an die arabische Gipfelkonferenz in Rabat beschloß die UNO die Anerkennung der PLO als alleinige Repräsentantin des palästinensischen Volkes. Außerdem wurde anerkannt, daß die Palästinenser als eine der Hauptparteien für ein Zustandekommen einer friedlichen Lösung im Nah-Ost-Problem zu betrachten sind. Darüberhinaus wurde der PLO zugestanden, an den Sitzungen der UNO als Beobachter teilzunehmen.

Die Israelis haben sich bis heute geweigert, diese Resolutionen zu akzeptieren und in diesem Sinn zu handeln. Sie weigern sich, sich von den Golan-Höhen zurückzuziehen. Sie anerkennen die PLO nicht als Verhandlungspartner und verschärfen darüberhinaus noch die Repressionen in den besetzten Gebieten. Kissinger hat mehrfach erklärt, daß die Nichtanerkennung der PLO auch die Politik der USA ist. Anstelle von Friedensbemühungen in diesem Sinn setzt Israel eine Besatzungspolitik mit zivilen Besiedelungen, die in letzter Zeit noch verstärkt wurde. Zirka 50 neue Siedlungen sind in den besetzten Gebieten entstanden, teils zivile Kibuzim und Städte, teils paramilitärische Nahal-Befestigungen.

## Roter Kalender 1976 für Lehrlinge und Schüler



Taschenkalender für den täglichen und nächtlichen Gebrauch. Mit aktuellen und historischen Daten. Literaturhinweisen. Adressen. Vielen vielen Comics. Wenigen Fotos. Haltbarem Plastik-einband. Handlich und schön rot. Und trotzdem billig: 3 Mark 50. Diesmal mit Berichten zu Portugal, Traumfußball, selbstorganisierter Freizeit, Angst und Ordnung, Walla-Walla-Mode, Lehrlingstheater. Mit Aufsätzen zu Bundestagswahl und Reformismus, Berufsausbildung und Ersatzdienst, Prüfungsangst und Schülerstreik, armen Schwämmen und terroristischen Bullen. Mit lesbaren Gedichten und der Ballade vom Legionär. Und vielen anderen Sachen mehr. In (fast) allen Buchläden oder direkt beim Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98.

Dieses Abkommen ist in der Tat als das Resultat von Kissingers Politik der kleinen Schritte anzusehen, die sehr lange gebraucht haben, um ein noch kleineres Stückchen Wegs voranzuschreiten. Die Alternative – die Genfer Friedenskonferenz – wäre zweifellos sinnvoller gewesen. Aber die UdSSR, die schon lange zu unentschlossen gegen Kissinger Politik der kleinen Schritte auftreten und von den US-Weizenlieferungen abhängig sind, verhielten sich sehr ruhig und drängten in keiner Weise auf die Rückkehr nach Genf.

Israel erhält für das Abkommen mehr, als ursprünglich angenommen wurde. Zuerst wurde berichtet, daß Israel 2,5 Billionen Dollar im laufenden Fiskaljahr Juli 1975 – Juni 1976 von den USA erhalten würden. 1,5 Billionen würden in Form von Militärhilfe gewährt werden, dazu kämen eine Wirtschaftshilfe und ca. 350 Millionen zusätzliche Wirtschaftshilfe als Inflationsausgleich für die gestiegenen Weltmarktpreise für Erdöl. Im September 1975 hat der amerikanische Reporter Jack Anderson einen geheimen Zusatz zum Abkommen publiziert, der die israelische Einkaufsliste enthält. Auf dieser stehen hunderte von Panzern und Militärtransporter, Boden-Boden-Raketen, die modernsten elektronischen Abfangwaffen und Laser-gelenkte Waffensysteme, wie die "smart bombs", des weiteren die vorhin erwähnten Lance- und Pershing-Raketen. Die Gesamtkosten würden laut AVIATION WEEK 2,2 Billionen US-Dollar für fünf bis zehn Jahren betragen. Ägypten erhält in diesem Jahr lediglich 650 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe. Auch in Anbetracht dieser Zahlen ist es nicht weiter erstaunlich, wenn die meisten arabischen Staaten ebenso wie die PLO und die UdSSR das Sinai-Abkommen als Ausverkauf ablehnen.

Eine der entscheidendsten Folgen des Abkommens ist der Bruch der arabischen Einheit. So ließ Sadat das Kairoer Büro der PLO, die Vereinigung der palästinensischen Schriftsteller und Journalisten sowie eine palästinensische Rundfunkstation schließen. Die Spannungen innerhalb der arabischen Welt, zwischen der PLO und Syrien einerseits und Ägypten andererseits hätten nicht deutlicher werden können.

## DIE FRIEDENSVERHANDLUNGEN

Die Friedensabkommen mit Ägypten sind für die Araber noch unvorteilhafter, als Pessimisten und Skeptiker erwartet haben. Sie enthalten nur sehr geringe territoriale Zugeständnisse Israels an Ägypten, ein Teil der Sinai-Pässe bleiben in israelischen Händen. Das Abkommen erhält keine Verpflichtungen für Israel bezüglich weiterer Verhandlungen mit Syrien und der PLO, sondern nur vage Hinweise auf die Genfer Verhandlungsrunde. Obwohl Kissinger und sein neuer Bündnispartner immer wieder andeuten, daß auch Verhandlungen mit Syrien zu erwarten sind, wird dies von Israelis stets offen verneint. Ägypten ist daher aus der arabischen Front ausgeschert und läßt die PLO, Syrien und Jordanien in der Luft hängen. Dazu kommen noch die ca. 200 US-amerikanischen Techniker, die sämtliche Truppenbewegungen dieser Region kontrollieren sollen – Zivilisten natürlich, wie die Zehntausenden Techniker in Indochina nach dem Pariser "Friedensabkommen".

## ISRAEL UND DIE PLO

Israels Politik gegenüber der PLO ist besonders kurzsichtig. Die PLO verlangt zwar langfristig einen demokratischen, säkularisierten gemeinsamen Staat, in dem Juden und Araber zusammenleben können, aber ein Großteil der PLO sieht dieses Ziel als langfristig an; dieser Teil würde sich zunächst mit der Schaffung eines palästinensischen Staates an der Westküste, im Gaza und mit Ostjerusalem zufriedengeben, also auf dem Territorium, das nach der UNO-Resolution 242 von Israel zurückzugeben wäre. Die Opposition, die als "Front de Refus" (Verweigerungsfront) zusammengeschlossen ist und aus der PFLP und der ALM (Arabische Befreiungsbewegung) besteht, lehnt jede Verhandlung mit Israel ab und fordert die sofortige Schaffung eines säkularisierten, demokratischen, palästinensischen Staates. Sie repräsentiert nur eine Minderheit, die aber kontinuierlich wächst, nicht zuletzt durch die bornierte israelische Politik.

Man muß natürlich zwischen der amerikanischen und der israelischen Politik unterscheiden. Beides sind Formen imperialistischer Politik, aber die israeli-

sche Politik ist einfach dumm. Sie verstärkt den Widerstand in den besetzten Gebieten und führt zu ökonomischer und psychologischer Desintegration in Israel selbst. Sowohl kurz- als auch langfristig kann dies nur zu einem neuen Krieg führen, da wohl kaum zu erwarten ist, daß die arabischen Staaten einfach auf die Existenz Israels und der besetzten Gebiete vergessen werden. In der Tat ist zu erwarten, daß Israel neu aufgerüstet einen Präventivkrieg gegen Syrien und Jordanien beginnen wird.

Kissinger ist da viel subtiler. Er will seine Freundschaft mit Ägypten beibehalten und wäre bereit, Syrien und Jordanien einzukaufen. Aber er ist außerstande, die schon zitierten UNO-Resolutionen anzuerkennen, die die PLO als einzige Repräsentantin des palästinensischen Volkes ausweist. Wenn Israel schon territoriale Zugeständnisse machen müßte, dann würde Kissinger es vorziehen, diese an Hussein zu gewähren. Von diesem ist eher zu erwarten, daß er das amerikanisch-israelische Spiel mitmacht.

#### DIE SPANNUNGEN IM LIBANON

Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den rechten Phalangisten und den linken Mohammedanern wurden ohne Zweifel von den Phalangisten eröffnet, deren Kommandos in jordanischen und möglicherweise auch in iranischen Camps ausgebildet werden und die ihre Waffen von der libanesischen Armee, gerüchteweise auch israelische Waffen bekommen.

Eine Machtübernahme der Phalangisten würde eine ernsthafte Gefährdung der PLO bedeuten. Im Libanon selbst würde es das 1969 zwischen der libanesischen Regierung und der PLO abgeschlossenen Abkommen sprengen, in welchem der PLO das alleinige Recht auf die Führung der libanesischen Flüchtlingslager übertragen wurde. Eine Aufkündigung dieses Abkommens, wie es die Phalangisten im Sinne haben, würde das Alleinvertretungsrecht der PLO gefährden. Dies kam bis jetzt auf Grund des vorsichtigen Verhaltens der PLO und die Drohungen Syriens nicht zum Tragen.

Es ist jedoch kaum glaubhaft, daß Israel seine Hand nicht im Spiel haben sollte, vermutlich auch Jordanien

und die USA. Israel hat jedenfalls mehrfach offen seine Interventionsbereitschaft verkündet und die Möglichkeiten der USA können schon aus der Liste ihrer Botschafter ersehen werden: Botschafter Godley in Beirut war früher Botschafter in Laos und dort Chef des CIA. In Teheran sitzt der berüchtigte Richard Helms, der frühere CIA-Chef. Und nicht weit entfernt in Athen finden wir den ehemaligen US-Botschafter in Chile.

#### GRUNDLINIEN ZU EINEM DAUERHAFTEN FRIEDEN

Die Hoffnungen auf einen dauerhaften Nah-Ost-Frieden sind also sehr gering. Die Gefahr eines neuen Krieges viel größer. Dauerhafte Regelungen auf

der Basis des Sinai-Abkommens sind nicht zu erwarten, weil es das eigentliche Problem des Nah-Ost-Raumes, das Problem der Palästinenser außer Acht läßt.

Eine dauerhafte Regelung könnte nur erreicht werden, wenn Israel bereit wäre, die 1967 besetzten Gebiete zurückzugeben und deren Inbesitznahme durch die Palästinenser und der Führung der PLO zu gestatten. Obwohl es einige Gruppen in Israel gibt, einschließlich einer neuen parlamentarischen Gruppe, die bereit wären, diese Tatsachen zu akzeptieren, weigert sich doch die Mehrheit der Israelis und auch die Regierung, dies zu tun. Das Sinai-Abkommen schwächt dort offensichtlich die Argumente dieser Gruppen.

Peggy Duff



## Spanien:

# Welche Perspektiven?

Noch hatte Franco das Zeitliche nicht gesegnet und war schon ein toter Mann. Sein letztes politisches Aufbäumen – zusammen mit der von ihm geschaffenen faschistischen Organisation Falange – kostete fünf spanisch-baskische Patrioten das Leben. Was als letzter Willensakt, als Testament der Macht gelten sollte, das Todesurteil der Fünf, war dann der letzte Nagel auf dem Sarg des Francismus, des greisen Tyrannen selbst.

Zurückbleibt ein erschüttertes und zerrissenes Spanien im Inneren, das im Äußeren im Spannungsfeld zwischen dem von einem revolutionären Prozeß erfaßten Portugal und der von einer ökonomischen Krise gezeichneten EG steht.

Für Portugals Zukunft ist die Frage von entscheidender Bedeutung, welchen Weg Spanien in der nächsten Zeit einschlagen wird. Schon eine demokratische Entwicklung im bürgerlichen Sinn würde für Portugal ein gewisses Moment der Entspannung des äußeren Drucks mit sich bringen: noch vielmehr könnte eine revolutionäre Perspektive in Spanien die gegenwärtige Stagnationsperiode in

Portugal überwinden helfen, könnte eine gesamtiberische Perspektive des Sozialismus die revolutionären Bestrebungen in Portugal stärken, welche sich wiederum verstärkt auf Spanien auswirken könnten – trotz aller Verschiedenheiten hinsichtlich der Lage und der Bedingungen beider Länder.

Kontinuität oder Bruch, und wenn Bruch, wie tief wird er gehen – das ist im Augenblick die wichtigste Frage in Spanien.

Juan Carlos ist von Franco persönlich für die Rolle des politischen Erben ausersehener und getrimmt worden. Der 37jährige, seit 6 Jahren designierte Nachfolger Francos hat sich die längste Zeit in der spanischen und ausländischen Öffentlichkeit durch seine außerordentlichen Talente auf verschiedenen Hobbysektoren, so des Sports, der Jägerei und der gesellschaftlichen Repräsentation ausgezeichnet und bekannt gemacht. Als er am 23. Juli 1969 vor dem spanischen Ständeparlament auf die Prinzipien der Francoistischen Nationalen Bewegung den Treueid leistete,





führte er selbst eine Vertiefung der Spaltung des monarchistischen Lagers herbei. Ein Großteil dieses Lagers stand schon immer in kritischer Distanz zu Francos Person und hielt die Treue zum exilierten Vater Don Carlos', zu Don Juan, dem Grafen von Barcelona. Das ist einer der Gründe, warum auch Monarchisten der Junta Democratica angehören, die von der Kommunistischen Partei Spaniens initiiert wurde und von ihr auch politisch dominiert wird. Don Carlos ist aber nicht nur bei Monarchisten anstößig und in den Augen der spanischen Opposition einfach die Kreatur Francos. Er ist durch seine politische Naivität auch bei den treuesten Franco-Anhängern, den Falangisten, eine zweifelhafte Gestalt geworden, seitdem er Aussprüche von sich gab, wie z. B., daß er "König einer Demokratie" sein möchte. Zwar will er politische Gefangene begnadigen und Parteien wiederzulassen – ausgenommen die im spanischen Volk sicherlich angesehenste und einflußreichste, die KPS (PCE).

Wichtigste personelle Stütze Don Carlos' ist Arias Navarro, der gegenwärtige Ministerpräsident, der vor anderthalb Jahren die sogenannte Politik der Öffnung (apertura) verkündete – und es dabei bewenden lassen mußte. Nicht nur das, er mußte das Scheitern seines Konzepts, das eine Öffnung zur EG, eine ökonomisch-politische Integration ins kapitalistische Westeuropa anstrebte und nach Francos Tod durchaus wieder aktuell

werden könnte, er mußte dessen vorläufiges Scheitern mit der Inkraftsetzung des Gesetzes gegen den Terrorismus am 27. August d.J. zur Kenntnis nehmen. (Das Gesetz bedeutete faktisch den Ausnahmezustand in ganz Spanien und gab die formal-legitime Grundlage für die Todesurteile gegen die Fünf ab.) Das Gespann Don Carlos-Arias Navarro könnte in den ersten Augenblicken des Schocks nach Bekanntwerden des endgültigen Ablebens Francos durch Gesten der Versöhnung und Demokratisierung des faschistischen Systems eine Atempause gewinnen, der der Vorbereitung und Durchführung weiterer Schritte dienen könnte, welche wie gesagt, alle in die Richtung der beschleunigten wirtschaftlichen Eingliederung Spaniens in die EG und damit einhergehender bürgerlicher Demokratisierung in Maßen führen sollten. Die westeuropäische Bourgeoisie hat für eine solche Entwicklung bereits "redlich" Schützenhilfe geleistet durch die nach Jahren der touristischen Lobpreisung Spaniens plötzliche und etwas abrupte Protestwelle und politische Kritik, die anlässlich der Todesurteile geschlossen und repräsentativ über die westeuropäische Medienbühne rollte.

Auch die spanische Kirche würde ihren Segen zu einer solchen Entwicklung bereitwillig erteilen. Ihre seit Johannes XXIII. eingeleiteten Versuche, sich gegenüber den sozialen Problemen der armen und ausgebeuteten Massen aufgeschlossener zu zei-

gen, wurden gerade in Spanien mit der größten Ablehnung und Brückierung durch die Politik des Regimes bedacht. Papst Paul VI. war sehr viel damit beschäftigt – in angemessener Form natürlich – gegen Folterungen an Priestern, gegen die Vollstreckung der Todesurteile zu protestieren. (Was ihn nicht daran hinderte, Franco auf dem Sterbebett in seine persönlichen Gebete einzuschließen, wogegen nichts zu sagen wäre, wenn er dies auch für sich ganz persönlich getan und vor allem behalten hätte. Die öffentliche Mitteilung davon war wie ein Hohn auf die Tatsache, daß der Madrider Bischof Alberto Iniesta erst einige Tage vorher Hals über Kopf nach Rom fliehen mußte, weil sein Leben unmittelbar von Regimesympathisanten bedroht wurde: er hat im Arbeiterviertel Vallecas in einer Predigt das Dekret vom 26. August gegen Terrorismus und Subversion mit der Begründung abgelehnt und seine Aufhebung gefordert, daß es Rechtsanwälte, Journalisten und die Staatsbürger im allgemeinen bedrohte.)

Noch bedeutsamer ist die Haltung und Verfassung der spanischen Armee in der gegenwärtigen Situation. Ende Juli d.J. wurde erstmals durch die Verhaftung einiger Offiziere die Existenz der UMD offiziell bekannt. Die UMD (Union Militar Democratia), die Demokratische Militärunion, besteht, wie ihr Auslandsprecher, der im Exil lebende Hauptmann Jose Ignacio Dominguez Martin-Sanchez auf einer Pressekonferenz in Paris Ende Oktober d.J. erklärte, "nur aus Berufsoffizieren, vor allem aus Hauptleuten und ist eine unabhängige, an keine Partei gebundene Bewegung". Es gehören ihr bereits über 400 organisierte Mitglieder an, die Anzahl ihrer Sympathisanten in der Armee ist noch viel größer. Sie hat sich, ebenso wie die demokratische Opposition, für den Bruch mit dem Regime und gegen eine "Erneuerung" des Franco-Systems ausgesprochen. Sie verlangt, wie die Demokratische Junta, die Bildung einer provisorischen Regierung, welcher demokratische Offiziere und oppositionelle Politiker angehören sollen, und die eine Volksbefragung über die künftige Staats- und Regierungsform vorbereiten soll. Aber auch aus anderen Offizierskreisen läßt sich Kritik ver-

nehmen, vor allem solche an den höchsten Rängen, denen Korruption und Skrupellosigkeit vorgeworfen wird. In einem der anonymen Aufrufe, die in der Armee zirkulieren und auch an die Öffentlichkeit gelangt sind, heißt es: "Wir wollen nicht länger ein korruptiertes und tyrannisches Regime ertragen, das vom Volk schon lange verachtet wird. Unsere Geduld ist am Ende. Es lebe Spanien! Es lebe die Armee! Es lebe das Volk!" Die besten Traditionen des MFA Portugals scheinen also auch in Spaniens Armee Schule zu machen, was vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. (Auf die für die Armee neueste Situation anlässlich des Spanisch-Sahara-Konflikts werden wir in der nächsten Nummer der OL ausführlich eingehen.)

Den wohl wichtigsten politischen Faktor für die zukünftige Entwicklung in Spanien stellen die Junta Democratica und die Plattform der demokratischen Konvergenz dar. Der Junta Democratica gehören in erster Linie die KP Spaniens und die von ihr beeinflussten Arbeiterräte, die Comisiones Obreros an, welche bei den letzten Gewerkschaftswahlen voriges Jahr durch eine Politik des "An-den-Tag-Tretens" und durch große Stimmengewinne unter der Industriearbeiterschaft die vertikal organisierten Staatsgewerkschaften stark erschüttert haben. Neben ihnen sind Sozialisten, Christen und Monarchisten in der Junta vertreten. Der Plattform der demokratischen Konvergenz gehören die offizielle SP Spaniens, die Christlich-demokratische Partei, die Carlistische Partei (die vom Vater Juan Carlos' geführt wird!), die ORT (Revolutionäre Organisation der Arbeit), zwei marxistisch-leninistische Bewegungen (die vor allem in den baskischen Ländern stark sind) und die Kommunistische Bewegung Spaniens an. Keiner der beiden Vereinigungen angeschlossen haben sich folgende Organisationen: die FRAP (entstanden aus einer Vereinbarung zwischen der Marxistisch-Leninistischen Partei Spaniens, der Sozialistischen Union Spaniens, der Gewerkschaftlichen Arbeiteropposition, dem Demokratischen Studentenbund und der Nationalen Befreiungsfront Spaniens), die ETA (die baskische Befreiungsarmee), die Vereinigung der Parteien Galiziens, die Anarchisten und die Trotz-

kisten der IV. Internationale. Diese Gruppierungen vertreten die Position, daß gerade jetzt, wo eine wirtschaftliche Krise des Landes mit der akuten Krise des Systems zusammenfällt, notwendig ist, dem System verschärft Schläge zu erteilen. Dagegen geben sich die Junta Democratica und die Plattform der demokratischen Konvergenz in ihrer jüngsten und gemeinsamen Erklärung Anfang November d.J. betont vorsichtig und gemäßigt. Sie wiederholen die Forderung nach "Freilassung der politischen Gefangenen und inhaftierten Gewerkschaftler, die Rückkehr der Exilierten, die wirksame Anerkennung und volle Ausübung der individuellen Rechte und politischen Freiheiten, die durch internationale juristische Abkommen festgelegt sind, insbesondere das Recht auf freie Gewerkschaften und politische Parteien ohne jede Ausnahme" etc. Sozialisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten der Plattform zögern selbst vor der Befürwortung des Generalstreiks als politische Waffe, die von der Junta Democratica propagiert wird. Es ist offensichtlich, daß beide, die Plattform mehr noch als die Junta Democratica - wobei die Zusammensetzung der ersten weitaus widersprüchlicher ist - vor allem eines vermeiden möchten: den Ausbruch eines Bürgerkriegs. Ihre Taktik zielt auf die Herstellung eines nationalen Versöhnungsblocks (ähnlich dem Historischen Kompromiß der KPI), der die extreme Rechte vor der Provokation offener Kämpfe abschrecken oder wenigstens, sollten sie

dennoch diesen Weg beschreiten, sie weitgehend isolieren soll. Da die Haltung der Armee im Falle einer offenen Konfrontation nicht restlos geklärt ist (die Junta Democratica ruft die Armee zur aktiven Neutralität auf), mag diese Taktik prinzipiell ihre Berechtigung haben. Allerdings zeigt gerade Portugal äußerst dramatisch, daß Ventile an geschlossenen faschistischen Systemen sich nicht auf die Weise öffnen lassen, wie man eine Champagnerflasche sachgerecht dezent entkorken kann. Sehr bald könnte diese Taktik in die Funktion umschlagen, einen sich elementar entwickelnden revolutionären Prozeß abblocken zu helfen und dabei in die Rolle zu geraten, die man den Kontinuitätsvertretern

Juan Carlos und Arias Navarro nicht gönnen wollte. Darauf deutet die m.E. fragwürdige Haltung der KP Spaniens hin, deren Bedeutung und Integrität wir damit nicht in Frage stellen wollen: In einem Interview im Zentralorgan der PCE, Mundo Obrero vom 3.10.1975 erklärte der führende Funktionär der Partei, Santiago Alvarez nach einem Aufenthalt in Portugal sein volles Verständnis für die Politik der 6. Provisorische Regierung unter Azevedo. Wir sind uns durchaus des Dilemmas bewußt, in welchem der portugiesische Prozeß wegen vorwiegend objektiver Faktoren steckt. (Die wirtschaftliche Lage, die Spaltung des Landes in Nord und Süd, die Zersplitterung der Linken usw.) Nur glauben wir nicht, daß es die richtige und überzeugende Art und Weise ist, Autorität zu zeigen und "linksextreme Phrasen" durch Sprengung der Radioanlagen abzustellen, über die sie ausgestrahlt wurden. Das ist ein Zeichen der Ohnmacht und der doppelten Defensive: gegenüber der Rechten und gegenüber dem eigenen, angeblich fortschrittlichen Programm. Genau diese Gefahren einer Entwicklung sehen wir heute in Spanien auf Seiten der tragenden Kräfte des fortschrittlichen Prozesses.

(Abgeschlossen 8.11.1975) Z.P. ★

## der lange marsch zeitung für eine neue linke



Nr. 16 (April 75)

"Antifaschistisches Aktionsprogramm der SPD"  
"Die Entführung aus unserer Sicht" (Lorenzentr.)  
"Schlamm-schlacht und Wapp-pusten" (Hochschulpol.)  
"SEW-Die Zärtlichkeit einer Krake"  
"Die Linke-Die Türkei- und türkische Arbeits-emigranten"  
"Materialien zur Myhlarbeit" "Vietnam"

Nr. 17 (Juni/Juli 75)

"Der deutsche Faschismus-kein Schritt vorwärts,  
zwei nach rechts!"  
"Portugal-das Volk lernt im Kampf"  
"Spanien-die Uhr läuft ab"  
Kritik der Thesen des SB  
GEW-Berlin: Ergebnisse der Neuwahlen  
"Strategie eines betrieblichen Abwehrkampfes"  
Redebeitrag der HAW (Homosexuelle Aktion Westberl.)  
"Was ist Klassenbewußtsein"-Lucács-Rezeption  
"Vietnam - kontrovers"  
"2. Manifest der Arbeiter der Zeitung Republica"

Redaktion: LM c/o Buchladen „Commune“  
1 Berlin 45, Unter den Eichen 84 d

Einzelabo: über Redaktion;  
6 Ausgaben + Versandkosten = 10,80 DM  
Vorauszahlung auf Postcheckkonto  
Nr. 4020 94-104, D. Schütte, Pscha Bin-W.

Vertrieb: an Wiederverkäufer (BRD)

Maulwurf, 1 Berlin 62, Crellstr. 22

Preis: Berlin-West = 1,00 DM - BRD = 1,20 DM

Portugal:

## Wie provisorisch ist die Regierung Azevedo?

Die innenpolitische Situation in Portugal ist heute von einer derartigen Instabilität gekennzeichnet, daß die sich verstärkenden Gerüchte über einen bevorstehenden Putschversuch der Rechten immer weniger auf die leichte Schulter genommen werden dürfen. Diese Gefahr wächst mit den Erfolgen der durch weiße Söldner verstärkten und mit französischen, amerikanischen aber auch chinesischen Waffen ausgerüsteten FNLA- und UNITA-Truppen im Kampf gegen die für die Selbstbestimmung der Angolesen eintretende Befreiungsbewegung MPLA.

Aber nicht nur in Angola, auch in Portugal überstürzen sich die Ereignisse. Die Regierung bemüht sich mit immer drastischeren Methoden – sichtlich ohne Erfolg –, die wachsende Opposition innerhalb der Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen. Diese manifestiert sich im neuen Aufschwung der Landbesetzungen, der offenen Befehlverweigerung von Einheiten des Heeres, in einer Unzahl von Demonstrationen, die von Organisationen der revolutionären Linken – meist in Zusammenarbeit mit Arbeiter-, Bewohner- und Soldatenkomitees – organisiert werden. Sie widerspiegelt sich weiters im Aufbau vereinheitlichender Strukturen wie der SUV ("Vereinigte Soldaten werden siegen") sowie von regionalen Interkommissionen und Wachsamkeitskommissionen von Soldaten und Arbeitern.

Die Krise der gegenwärtigen Regierung kommt aber nicht zuletzt in der sinkenden Mobilisierungsfähigkeit der PS zum Ausdruck, die es deshalb nicht scheut, gemeinsam mit PPD, CDS und Monarchisten zugunsten der Regierung Azevedo zu demonstrieren. So kam es z.B. am 25. Oktober in Lissabon zu einer Demonstration von Angola-Heimkehrern mit Parolen zur Unterstützung der ELP, einer immer häufiger durch Bombenanschläge in Erscheinung tretenden faschistischen Terrororganisation.

Während wir bemüht sind, angesichts der raschen Aufeinanderfolge der Ereignisse in Portugal auf dem laufenden zu bleiben, während wir feststellen, wie die Polarisierung innerhalb der portugiesischen Bevölkerung weiter fortschreitet und den Boden bereitet für die nächste, vielleicht entscheidende Machtprobe, wird eines immer deutlicher: Es gibt in Portugal heute nicht die Möglichkeit eines dritten, "gemäßigten" Weges.

Damit bleibt für die Zukunft Portugals nur folgende Alternative:

Entweder wird der revolutionäre Prozeß weiter vorangetrieben, werden Strukturen der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung, wie sie bereits in Form von zahlreichen Arbeiter- und Soldatenkomitees existieren, verallgemeinert und koordiniert, wird die Verbindung zwischen Soldaten und Arbeitern verstärkt, oder der Rückfall in eine autoritäre Rechtsdiktatur à la Caetano ist unabwendbar.

Das ist der Grund, der uns zu dem Schluß führt, daß auch die gegenwärtige Regierung Azevedo mit ihrem Programm eines gemäßigten, pluralistischen "Sozialismus", für dessen Durchsetzung ihr jedoch sowohl die nötige Autorität als auch die ökonomischen Voraussetzungen fehlen, sich in absehbarer Zeit als äußerst provisorische "Lösung" der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise Portugals erweisen wird.

Die folgende Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse der letzten Wochen bekräftigt, unserer Meinung nach, diese Einschätzung.





- 1.10. Nach der Niederlage, die die Regierung Azevedo in der Frage der Besetzung der Rundfunkstationen erlitten hat, verbreitet die PS Gerüchte über einen bevorstehenden Putschversuch der Linken. Nur wenige ihrer Anhänger leisten jedoch ihrem Aufruf Folge, sich vor den PS-Parteilokalen einzufinden, um ihre Unterstützung der 6. Regierung zu demonstrieren.
- 3.10. Die PS organisiert eine Demonstration zur Unterstützung der Kommandos von Amadora, von denen die Sendeanlagen des Radio Renascenca besetzt gehalten werden.
- 4.10. Auf Anordnung des Militärkommandanten der Nordregion, Veloso, wird eine linke Einheit in Porto (CICAP) durch Copcon-Truppen aufgelöst. Die Soldaten der CICAP hatten sich geweigert, der Versetzung von fünf Soldaten und zwei Unteroffizieren zuzustimmen.
- 6.10. Als Gerüchte laut werden, daß auch das RAL 1 von der Auflösung bedroht sei, demonstrieren 100.000 in Lissabon ihre Unterstützung für dieses linke Regiment. In Porto demonstrieren 2000 Soldaten der SUV unterstützt von 30.000 Zivilisten gegen die Auflösung des CICAP.
- 7.10. Als es den Demonstranten nicht gelingt, die Besetzer der CICAP-Kaserne auf ihre Seite zu ziehen, besetzen sie die Kaserne des benachbarten Artillerieregimentes (RASP), dessen Soldaten ihre Aktion mit 384 gegen 7 Stimmen gutheißen. 18 Regimenter der Nordregion entsenden Vertreter, um ihre Unterstützung der Forderung nach Wiederer-
- öffnung der CICAP und der Ablösung von Veloso zum Ausdruck zu bringen. Nachdem zehntausende von streikenden Metallarbeitern acht Stunden lang das Arbeitsministerium belagert haben, werden ihre Forderungen im wesentlichen erfüllt.
- 8.10. In der Nacht zum 9.10. kommt es in Porto zu einer Straßenschlacht zwischen 30.000 Demonstranten der PPD und den Verteidigern der besetzten Kaserne. Dabei werden 60 Personen verletzt, zwei getötet. Die PC erklärt sich mit der "Gegenoffensive der Volkskräfte" solidarisch und wertet die Aktionen der revolutionären Linken als gegen die Reaktion gerichtete Maßnahmen.
- 9.10. Auf einer SUV-Demonstration in Coimbra solidarisieren sich mehr als 2000 Soldaten mit den Besetzern der Kaserne in Porto.
- 10.10. An der Demonstration der PS in Porto zur Unterstützung Velosos nehmen 10.000 PS-Anhänger teil. In Lissabon greift der Vorsitzende der PPD, Sa Carneiro, die PC scharf an und fordert ihren Ausschluß aus der Regierung. Zum Generalstabschef der Streitkräfte solle "eine energische Persönlichkeit" ernannt werden, fordert er außerdem.
- 11.10. Auf Demonstrationen in den Städten Torres Vedras, Cova de Piedade und Barreiro fordern zehntausende das Ende der Säuberung von Linken und die Entfernung von Reaktiven aus den Kasernen.
- 12.10. Der Revolutionsrat beschließt die Heranziehung von Kriegsveteranen zum Aufbau der Interventionsgruppe AMI, die dann zum Einsatz kommen soll, wenn das Copcon erfolglos blieb.
- 13.10. Die "Time" veröffentlicht ein Interview mit Azevedo: "Wenn wir noch eine Woche warten (mit der Wiederherstellung der Disziplin), kann plötzlich die militärische Disziplin zusammenbrechen. Wenn unsere Armee zusammenbricht, werden wir keine Armee mehr haben, dann werden wir auch keine Macht mehr haben, und danach wird es weder Autorität noch Regierung mehr geben... Wir müssen mehr produzieren und verkaufen und weniger konsumieren...". Außerdem kündigt Azevedo Steuererhöhungen und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität an. In einer Fernsehrede fordert Azevedo die Portugiesen zu "mehr Sparsamkeit und Arbeit und weniger sterilen politischen Diskussionen" auf.
- 14.10. Die Sendeanlagen von Radio Renascenca werden versiegelt, die Copcon-Truppen ziehen ab. 27 militärische Einheiten der Region Lissabon und mehrere Arbeiterkommissionen rufen zur Volksmobilisierung in der Frage Radio Renascenca auf. Die Besetzung der RASP-Kaserne in Porto wird beendet. Fabiao hat den "Meuterern" Straffreiheit und die Erfüllung ihrer Forderungen (mit Ausnahme der Absetzung von Veloso) zugesagt. Außerdem soll eine Untersuchung der Ursachen, die zur Auflösung der Einheit geführt haben, durchgeführt werden. Die Vollversammlung der CICAP-Soldaten nimmt diesen von Fabiao diktierten Kompromiß

- an, beschließt aber, 10 Tage später die Entscheidung noch einmal zu überprüfen.
- 15.10. Die SUV organisiert Demonstrationen im Alentejo, wo die Gewerkschaft der Landarbeiter eine Wiederaufnahme der Landreform fordert. An einer SUV-Demonstration in Evora nehmen 6000 Personen teil.
- 17.10. C. Gomes stellt denjenigen, die illegal Waffen besitzen, eine Frist von acht Tagen, innerhalb derer sie ihre Waffen straffrei abliefern können. Die Besetzung der Artilleriekaserne in Porto wird wieder aufgenommen, als der Revolutionsrat die Strafversetzung des Anführers durchsetzen will.
- 19.10. Im Alentejo wird erstmals ein in ausländischem Besitz befindliches Gut besetzt.
- 20.10. Die Organisation TUV (Vereinigte Arbeiter werden siegen) tritt zum erstenmal öffentlich auf. Delegierte aus ca. 50 Arbeiterkommissionen sind in der TUV vertreten, deren Gründung auf Initiative der FUR (Front der revolutionären Einheit) erfolgt ist. Die mit der MDP sympathisierenden Bürgermeister der Städte Lissabon, Castelo-Branca, Faro und Braganca werden vom Innenminister abgesetzt.
- 21.10. In Lissabon findet eine Demonstration zur Unterstützung von Radio Renascenca statt, zu der auch SUV und FUR aufgerufen haben. Die 50.000 Demonstranten ziehen zu den Sendeanlagen, wo die Entsendung einer Delegation zu Costa Gomes und Carvalho beschlossen wird. Da sich Costa Gomes weigert, die Delegation zu empfangen, Carvalho sich aber als unzuständig erklärt, brechen die Demonstranten die Siegel auf und besetzen die Sendeanlagen.
- 23.10. Radio Renascenca kann seinen normalen Sendebetrieb wieder aufnehmen. Die PRP/BR erklärt, daß ihr bewaffneter Arm, die Revolutionären Brigaden (BR) im Untergrund weiterkämpfen würden. Goncalves wird zum Leiter der Militärakademie ernannt. Etwa 100 Offiziere und Unteroffiziere der Marine gründen in Lissabon eine "militärische antifaschistische und antisozialfaschistische Front", eine Art Gegen-SUV. An einer Demonstration, zu der mehr als 300 Arbeiter- und Bewohnerkommissionen sowie die Parteien PCP, MDP und - in zurückhaltender Form - LCI aufgerufen haben, nehmen 30.000 teil. Da die SUV nicht zu dieser von der PC dominierten Demonstration aufgerufen hat (die PC hat im Landheer eine eigene Soldatenorganisation namens ARPE aufgebaut), marschieren nur etwa 500 Soldaten mit.
- 24.10. Nach einer Reihe von Bombenanschlägen, zu denen sich die faschistische ELP bekennt, setzt das Copcon die Armee in Alarmzustand. Dadurch wird eine für diesen Abend vorgesehene Soldatenversammlung in Porto verhindert. In einer kleinen Versammlung beschließen die CICAP-Soldaten die Fortführung der Besetzung der RASP-Kaserne.
- 25.10. Der Appell von C. Gomes zur Ablieferung der Waffen, der mit dem 24.10. befristet war, wurde nach offiziellen Angaben, lediglich von 6 bis 7 Personen befolgt. In Porto demonstriert die PS gemeinsam mit PPD, CDS und Monarchisten ihre Unterstützung für Azevedo (50.000 Teilnehmer).
- 26.10. In Faro wird der Sitz der zivilen Verwaltung durch Demonstranten der FUR besetzt, die von der PC Unterstützung erhalten. Nach Konfrontationen zwischen den Besetzern und Demonstranten der PS und PPD wird das Gebäude von der Armee geräumt.
- 29.10. Eine "Kommission der Luftwaffe für revolutionäre Wachsamkeit" warnt vor einem möglichen Rechtsputsch im Zusammenhang mit bevorstehenden Manövern der Luftwaffe. Die Marine führt umfangreiche Luftabwehrübungen durch.
- 30.10. In der Nähe des Lissaboner Flughafens versiegeln die Soldaten eines zentralen Waffenlagers die Lagergebäude und proklamieren den Alarmzustand. Damit protestieren sie gegen die Disziplinierungsmaßnahmen in der Armee sowie gegen die Versetzung linker Soldaten und Offiziere. Eine Vollversammlung der Tageszeitung "O Seculo" beschließt die Entlassung der kommunistischen Leitung. Daraufhin wird die Druckerei vom kommunistischen Teil der Belegschaft besetzt. Auf einer neuerlichen Vollversammlung wird der 57jährige Druckereiarbeiter, Francisco Lope Cardoso zum neuen Leiter gewählt, womit der kommunistisch orientierte Teil der Belegschaft neuerlich gegenüber der Koalition aus Maoisten (MRPP, FEC/ML und UDP) und Sozialisten die Oberhand behalten haben dürfte.
- 31.10. Der Revolutionsrat verfügt die Abrüstung tausender Soldaten. Von dieser Maßnahme sind vor allem linke Einheiten betroffen. In zahlreichen Demonstrationen der SUV wird gegen den Plan der Regierung, eine Berufarmee aufzubauen, protestiert.
- 1.11. Die Luftbrücke, über die in den vergangenen Wochen 300.000 weiße Angolesen nach Portugal heimgekehrt sind, wird eingestellt.

- 3.11. Antikommunistische Arbeiter verhindern die Auslieferung der "O Seculo".
- 6.11. In Santarem werden bei Zusammenstößen zwischen Landeigentümern, die das Büro der Agrarreformbehörde angreifen und Landarbeitern 2 Personen getötet und 25 verletzt.
- 7.11. Um fünf Uhr früh wird der unter Arbeiterkontrolle stehende Sender "Radio Renascenca" auf Anordnung des Revolutionsrates angeblich von Fallschirmjägern in Uniform gesprengt. Am selben Tag beenden Copcon-Einheiten die Belagerung des Informationsministeriums, zu der auch "Radio Renascenca" aufgerufen hatte, durch linke Demonstranten, die die Ablösung des Staatssekretärs Ferreira da Cunha, wegen seiner Kontakte zu einer faschistischen Organisation fordern.
- 9.11. Azevedo kündigt in einer Rede vor zehntausenden Anhängern der PS und PPD harte Maßnahmen gegen die revolutionäre Linke an. Dabei kommt es infolge der Explosion von Tränengasbomben zu einer Panik.
- 10.11. Die letzten portugiesischen Soldaten werden aus Angola abgezogen, wo am Vortag der Unabhängigkeit ein erbitterter Krieg zwischen der MPLA und den durch weiße Söldner verstärkten Organisationen FNLA und UNITA im Gange ist. Die Kämpfe konzentrieren sich auf die Umgebung der Hauptstadt Luanda und die Küstenregion im Süden, wo Einheiten von FNLA und UNITA die strategisch wichtigen Hafenstädte Benguela und Lobito

erobert haben und nach Norden, in Richtung auf Luanda, vorzustoßen versuchen.

- 11.11. Der Führer der MPLA, Agostinho Neto, wird in Luanda zum Präsidenten der Volksrepublik Angola (RPA) ausgerufen. FNLA und UNITA errichten in Nova Lisboa eine Gegenregierung.

Carvalho erklärt, an den Sitzungen des Revolutionsrates nicht mehr teilzunehmen, da sich die Regierung nicht mit den wirklichen Problemen der Portugiesen befasse.

Anlässlich der Unabhängigkeit Angolas verschärfen sich die Spannungen innerhalb der Regierung Azevedo und des Revolutionsrates.

- 12.11. 50.000 Bauarbeiter, die seit dem 10. November im Streik stehen, demonstrieren in Lissabon.

Anschließend belagern sie den Regierungspalast, in dem sich Azevedo, Regierungsmitglieder und die 250 Delegierten der verfassungsgebenden Versammlung aufhalten.

Die Arbeiter fordern den Abschluß eines Kollektivvertrages mit Lohnerhöhungen zwischen 20 und 45%, und die Ablösung der Regierung Azevedo durch eine neue Regierung Goncalves.

In Angola wird die FA?LA (Armee der MPLA) durch 1200 Soldaten aus Kaba und 250 Frelimo-Kämpfer aus Mocambique verstärkt (während auf der Seite der FNLA- und UNITA-Truppen Soldaten Zaires und Südafrikas mitkämpfen).

- 13.11. Der Regierungspalast wird vorübergehend durch etwa 2000 Demonstranten besetzt, die erst durch den Einsatz von Polizeieinheiten und Marine-soldaten zurückgedrängt werden können.

Die PC ruft die Landarbeiter des Alentejo zum "Marsch auf Lissabon" auf, um die Bauarbeiter zu unterstützen und fordert einen Machtwechsel zugunsten der Linken. Soares erklärt, daß die PS zur "Verteidigung der Demokratie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" bereit sei.

Costa Gomes ruft zur Einheit auf und warnt vor einem "Mißbrauch der Versammlungsfreiheit".

- 14.11. Die Lohnforderungen der Bauarbeiter werden erfüllt,



Russel-Foundation:

## Portugal – ein Appell!

Bis zu den wüsten Angriffen von außen und von innen im Frühjahr und Sommer dieses Jahres entfaltete sich die portugiesische Revolution auf eine einzigartige friedliche Weise, öffnete nach einem halben Jahrhundert Faschismus neue Perspektiven auf dem Gebiet von Volksmacht und Arbeiterkontrolle. Diese Erfahrungen sollten sich entwickeln nicht allein im Interesse des portugiesischen Volkes, sondern im Interesse aller Völker.

Ernsthafte Versuche, Portugal zu "entstabilisieren", haben bereits auf internationaler Ebene stattgefunden. Wirtschaftlicher Druck wird angewendet, einschließlich direktem totalen Boykott ausländischer Investitionen, koordiniert mit Bemühungen, den portugiesischen Tourismus zu schädigen und Einhebung einer politisch motivierten Abgabe (Zoll?) für den portugiesischen Textilexport durch die EWG. Dazu kommt eine konstante Propaganda, die darauf abzielt, die Überweisung von Geldbeträgen im Ausland arbeitender Portugiesen an ihre Familien zuhause zu hemmen. Alle diese Maßnahmen und weitere andere, die durch internationale Konzerne getroffen wurden, haben eine Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Portugals, die immer akuter werden, zur Folge. Dazu kommen weiters direkte politische Drohungen seitens verantwortlicher Führer der NATO und Beweise für CIA- und andere Geheimdienstaktivitäten. Bewaffnete faschistische Banden beabsichtigen eine Intervention und werden dazu in Franco-Spanien ausgebildet.

Von allen diesen Ereignissen und Tatsachen berichten die europäischen Massenmedien in vorsätzlichen Falschmeldungen.

Angeichts all dieser Angriffe muß die Linke Europas nach Mitteln suchen, um ihre Kräfte zu vereinigen für eine maximale moralische, materielle und politische Hilfe für die Entwicklung der portugiesischen Revolution. Gleichzeitig muß die Solidaritätsbewegung auf Befreiungsbewegungen in den vormaligen portugiesischen Kolonialgebieten ausgedehnt werden.

Diese Aufgaben erfordern eine Koordination von Aktivitäten, einen Pool, in dem sich die Hilfsquellen zusammenfassen, und ein Zentrum für die Information auf internationaler Ebene. Deshalb rufen wir auf zur

Bildung eines internationalen Komitees für Portugal (das auch: Russell-Komitee für Portugal genannt sein könnte).

Wir laden alle, die an dieser dringenden Aufgabe teilnehmen wollen, ein, sich diesem Appell anzuschließen und uns zu helfen, diese und weitere Initiativen zu entwickeln, die in seiner Richtung gehen, ihn unterstützen.

Portugal darf kein zweites Chile werden!

Dieser Appell dient als erster Schritt zur Vorbereitung einer internationalen Solidaritätskonferenz und der Gründung eines internationalen Solidaritätskomitees und wurden bisher unterzeichnet von:

Portugal: LUAR, MES  
Deutschland: Sozialistisches Büro  
Italien: Linke in der SPI  
Frankreich: PSU, LCR  
England: Ken Coates

Deine  
Versicherungen  
durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 14 302

# links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf ca. 24 Seiten Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Aktionsmodelle, Berichte aus der Linken international. "links" ist eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Die letzten drei Nummern enthalten u.a. folgende Beiträge:

JUNI '75

*Cravos: Der revolutionäre Prozeß in Portugal*

*R.B. Wurm: Verlage*

*Uta Claar: Berufsverbote*

*SB-Gruß nach Vietnam*

*A. Blechschmidt: Weltwirtschaftskrise*

*Armanski u.a.: Krise in USA*

JULI/AUGUST '75

*O. Negt: Erfahrung, Emanzipation und Organisation*

*D. Horster/J. Perels: Ernst Bloch*

*A. Büro: NATO und Portugal*

*W. Müller-Jentsch: Betriebsratswahlen*

*S. Berg: Einzelkämpfer in der Provinz*

SEPTEMBER '75

*E. Altvater: Ökonomische Krise und politische Disziplinierung*

*W.-D. Narr: Zum Berufsverbot*

*Cravos: Die Rolle der PS in Portugal*

*Schulstreik gegen 'Sparmaßnahmen'*

*E. Wedekind: Kritik des SB-Schwerpunkts Betriebsarbeit*

*Jonas/Ludwig: Autonomie und Widerstand*

Preis für das Einzelheft DM 1,50

Jahresabonnement DM 21,- incl. Versand

Probeexemplare und Bestellungen bei

Sozialistisches Büro + Verlag 2000 GmbH

605 Offenbach 4, Postfach 591

## Kampf gegen indirekten Numerus Clausus

Um in Österreich Volkswirt, Soziologe und Statistiker werden zu können, muß man sich je ein Semester mit Buchhaltung und Kostenrechnung herumschlagen. Beide Fächer sind für den weiteren Verlauf der Studien völlig irrelevant, was auch vom zuständigen Ordinarius und von seinen Assistenten bestätigt wurde.

Soweit wäre die Geschichte höchst gewöhnlich und hierzulande "normal". Bemerkenswert wird sie, weil diese

sinnlosen Fächer mit wichtigen Funktionen versehen wurden: sie dienen der indirekten Einführung des Numerus Clausus. Im Schnitt gab es Durchfallquoten zwischen 40 und 80 Prozent, wobei die zweite Zahl den tatsächlichen "Flugraten" weit eher entsprechen dürfte. Tatsache ist jedenfalls, daß von jährlich 200 (in den Hörsälen sitzenden, also "echten") anfangenden Volkswirten nur etwa 60 ihr Ziel - das Magisterium - erreichen.

Sämtliche linke Gruppen am Institut für Wirtschaftswissenschaften haben sich daher Anfang Oktober zu einer Aktionseinheit zusammengeschlossen, um die Abschaffung von Buchhaltung und Kostenrechnung für Volkswirte, Soziologen und Statistiker zu fordern.

Keinesfalls dürfen wir annehmen, daß wir hier eine zufällige Sinnlosigkeit bekämpfen. Der Unsinn hat Methode. Was uns in diesen beiden Fächern beigebracht werden soll, ist, Techniken zu lernen, ohne zu fragen, warum. Es soll uns hier ein Verhalten eingetrichtert werden, das wahrscheinlich unserer Berufsausbildung dienen soll: nicht über Dinge nachdenken, aber in ihnen flexibel zu sein.

Unter diesem Aspekt wurden zwei Resolutionen verabschiedet. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurde aufgefordert, Buchhaltung und Kostenrechnung ersatzlos zu streichen, weil die Notwendigkeit der Fächer für das Studium inhaltlich nicht begründet werden kann. In einer zweiten Re-

solution wurde der Präses der ersten Diplomprüfungskommission aufgefordert, bis zur Abschaffung Übergangsregelungen zu schaffen, insbesondere den Prüfungsmodus zu ändern, daß die Prüfungen völlig entschärft werden.

Wie lang der Kampf um die Abschaffung von Buchhaltung und Kostenrechnung dauern wird, läßt sich nicht sagen. Er wird auf breiter Ebene geführt; ein Komitee, das von vielen Studenten unterstützt wird, führt die Verhandlungen mit dem Ministerium; wenn allerdings in absehbarer Zeit keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen sind, werden schärfere Kampfschritte erwogen werden müssen.

## Personalvertretungswahlen an den Universitäten

Die Linksentwicklung an den Hochschulen, die in Österreich, wenn auch schaumgebremst, in den letzten Jahren durchaus deutlich spürbar war, blieb bisher auf die Studenten beschränkt. Das überrascht keineswegs, wenn man sich die Mechanismen von Cliquenwirtschaft, Intrigenspiel und Päckelei vor Augen hält, die bereits bei der Besetzung von Dienstposten an Universitäten und dann noch mehr bei der Integrierung des huldvoll Angestellten wirksam werden. Überdies ist bei jenen Universitätsbediensteten, die unter dem Begriff "Akademischer Mittelbau" nicht sehr glücklich zusammengefaßt werden, falsches Bewußtsein, das sich aus dem vorigen Jahrhundert herübergerettet hat, weitverbreitet: Ein Assistentenposten wird als Sprungbrett für eine höhere akademische Karriere mit dem Endziel "o. Prof." angesehen; der Tüchtigste setzt sich dabei durch; Kampf aller gegen alle, nicht Solidarität ist die naturgegebene Vorgangsweise.

### Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME .....

ADRESSE .....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)  
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



Allenfalls ist noch ein gemeinsames Vorgehen in Fragen möglich, die das "Standesinteresse" direkt berühren (Gehaltsforderungen, Dienstrecht); Proponent ist hier der erzreaktionäre Assistentenverband, der seine Aktivitäten auf eine engstirnige, ständisch-bornierte Politik beschränkt.

In dieser Situation tritt an den Universitäten, vor allem in Wien, erstmals die "Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kritische Universität" (G.A.K.U.) auf, eine Gruppe fortschrittlicher Universitätsbediensteter, die derzeit noch hauptsächlich aus Assistenten und Professoren besteht, aber auch die Organisierung der "sonstigen" Bediensteten als eines ihrer Hauptziele ansieht (Der Abbau ständischer Grenzen erweist sich dabei wegen Ressentiments und Vorbehalten auf beiden Seiten als langwieriger Prozeß). Die am 1. und 2. Dezember stattfindenden Personalvertretungswahlen sind dabei eine gute Gelegenheit, die Gruppe bekannt zu machen und ihr Programm zu verbreiten. Schließlich ist auch mit der Erreichung einiger Sitze zu rechnen, was keineswegs Hauptziel einer auf Aktivierung der Basis und breite Demokratie (in Dienststellenversammlungen, Gewerkschaften usw.) gerichteten Politik ist, wohl aber eine sehr nützliche Hilfsfunktion darstellt.

An der Universität und Techn. Universität in Wien wird die G.A.K.U. beim Dienststellenausschuß für das "wissenschaftliche" Personal mit einer eigenen Liste kandidieren, die erstmals das Monopol der von einer Koalition von Professoren- und Assistentenverband sowie Ärztekammer bestimmten Einheitsliste angreift. Beim "nichtwissenschaftlichen" Personal, wo an beiden Universitäten sozialistische und christliche Gewerkschafter in der Personalvertretung sind, werden Vertreter der G.A.K.U. auf der sozialistischen Liste kandidieren. Überhaupt wird die Kandidatur von der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter in der Gewerkschaft für Öffentlich Bedienstete unterstützt; da in der GÖB keine anderen linken Gewerkschaftsfraktionen existieren, war eine solche Zusammenarbeit bei Wahrung der Autonomie der Gruppe (was nicht einfach ist) für die G.A.K.U. die einzige realistische Möglichkeit. - Die Aufstellung einer eigenen Liste an der Universität Innsbruck, der

Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt und der Wirtschaftsuniversität Wien wird derzeit noch diskutiert.

Das Programm der G.A.K.U. setzt sich in sehr scharfer Form mit der bisherigen Politik der Personalvertretung

auseinander. In der Einleitung heißt es u. a.

"Die Personalvertretungen sind erstartet und inaktiv. Insbesondere beim "wissenschaftlichen" Personal an der Universität und Technischer Universität ist durch die totale Monopolisierung durch eine Einheitsliste ein unerträglicher Zustand eingetreten.

# club links

Wien 4, Oberlinngasse 1  
Eingang: Große Mohren-  
gasse, Nr. 70, 402  
Öffnungszeiten: 19 Uhr  
Anmeldung: 19 Uhr

PROGRAMMBEGINN JEWEILS 19 UHR

- 21.11.** Einschätzung der letzten Betriebsratswahlen  
DISKUSSION MIT BETRIEBSRÄTEN DER GEWERKSCHAFTLICHEN EINHEIT
- 22.11.** Filmapend: FAHRRADDIEBE - Spielfilm von Vittorio de Sica
- 28.11.** Ton-Diaschau und Referat über  
DIE JÜNGSTE ENTWICKLUNG IN PORTUGAL
- 29.11.** SIGFRID MARON singt eigene Lieder
- 6.12.** KRAMPUSPARTY
- 5.12.** Was geschah, was geschieht mit dem Amerling-Haus ?  
DISKUSSION MIT DEN BETEILIGTEN

**ab 24.11. jeden Montag**

AKTUELLER ABEND: Diskussion über tagespolitische Ereignisse

**HEINZ KOLISCH**  
**LIEBIGGASSE 9**  
**43 21 21**  
**1010 WIEN**



Soweit dort überhaupt noch Politik gemacht wird, geschieht es unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Und wie sieht diese Politik aus? Kurzzeitige Vertretung von ständischen Interessen, völliger Mangel an solidarischen Ansätzen mit anderen Bediensteten und totale Absenz grundlegender Kritik an den Zuständen in Hochschule und Gesellschaft zeichnen sie aus. Das versteht der Assistentenverband, mit seinem langjährigen Vorsitzenden Frühwirth, einem ÖVP-Mandatar im Bundesrat, unter "Interessenvertretung". "

Was die G. A. K. U. darunter versteht, wird anschließend in sechs Abschnitten zusammengefaßt, deren Titel wie folgt lauten:

"Demokratie in der Wissenschaft - Wissenschaft für die Demokratie

Gegen ständische Privilegien - Solidarität

Gegen versteinerte Hierarchie - Reform des Dienstrechtes

Für eine aktive Personalvertretungspolitik

Solidarität mit den fortschrittlichen Studenten

Für eine Reform der Lehre an Österreichs Hochschulen. "

Wie ein roter Faden durch alle Punkte zieht sich dabei die Forderung nach gewerkschaftlicher Organisation und Aufbrechen ständischer Strukturen (die z. T. auch in der Gewerkschaft gegeben sind) zur Herstellung der Solidarität quer durch die Hierarchien. Viele Universitätsbedienstete werden mit diesen Ideen zum ersten Mal konfrontiert. Nur durch konsequente und ausdauernde Basisarbeit - effizient unterstützt und flankiert durch Tätigkeiten in Gremien, wie den Personalvertretungen - werden sie eine Verankerung im Bewußtsein der Mehrheit finden.

hh



## Zum Bericht über die Spaniendemonstration

Wenn ihr in eurem Spanien-Artikel - mit Recht - über die "organisationsegoistische Leichenfledderei" motzt, dann solltet ihr auch sagen, daß die Protestversammlung vor der spanischen Botschaft eine GRM-Sache war.

So wie ihr das schreibt, schlägt ihr genau in die Kerbe des "Organisationsegoismus". Überhaupt scheinen mir die Protestaktionen am 27. September unter dem Motto gestanden zu haben "Welche Organisation macht die 'beste' Aktion" und die Mobilisierung anderer Organisationen wurde entweder gar nicht versucht oder darauf nicht reagiert. - Das sollte sich ändern!  
22.10.1975  
Gabi

Es liegt uns fern uns mit fremden Federn schmücken zu wollen. Es war eine GRM-Sache, an der nur zwei FÖJ-BFS-Mitglieder zufällig beteiligt waren. Daher das redaktionelle Versehen. Wir bitten um Verzeihung.

Die Redaktion

## Betrifft Stellungnahme zur Iberia-Aktion

Bei der Kritik an Genossen Zsolt Patkas Artikel ("Wer selbst im Glashaus sitzt...", OL 18), der der Leitung der FÖJ-Bewegung für Sozialismus vorgelegt und von ihr beschlossen wurde, geht es uns nicht um die Begrüßung oder Verteilung der Ausschreitungen am 2. Oktober. Wesentlicher ist für uns der Versuch einer Herausarbeitung von geeigneten Kriterien, wie linke Gruppen solche Vorfälle betrachten sollen.

1. Schreit die Rechte zu verstärkten Repressionen und Antikommunismus, so versucht sie

dabei immer, Anlässe zu finden, die Linke als schuldig für diese Tendenzen hinzustellen. Sowohl von Seiten des Staates (neues Strafgesetz, Objektschutz, etc.) als auch von Seiten der SP-Führung, die auf Grund der Unfähigkeit der KPÖ immer weniger Konzessionen an die SP-Linke machen muß, sind schon seit geraumer Zeit verstärkte antikommunistische Aktivitäten bemerkbar. So war die Demonstration für Kreisky nur einer von hundert möglichen Anlässen, verstärkt gegen die Parteilinke vorzugehen. Es wurden beispielsweise auch andere, legale Aktionsbündnisse zwischen der SP und anderen Linken zum Anlaß für Disziplinierungen genommen. Obwohl es sicherlich falsch ist, durch nicht verständliche Aktionsformen kurzfristig wieder die Parole von "Ruhe und Ordnung" heraufzubeschwören, wäre es generell verhängnisvoll, zu glauben, daß Aktionen egal welche äußere Form sie annehmen - die Ursache für die jeweilige Repression der Rechten ist. Dementsprechend kann für die Linke die Gefahr solcher Repressionen nicht automatisch Handlungsunfähigkeit bedeuten. Auch das Argument, daß die Aktionen von der Mehrheit der Bevölkerung nicht verstanden wurden beziehungsweise auf Ablehnung stoßen, ist zwar berechtigt, trifft aber auf jeden Schritt linker Politik zu. Antikapitalistische Inhalte, wie Infragestellen der staatlichen Autorität, des bürgerlichen Besitzes, der Hierarchie werden unter gegenwärtigen Bedingungen in Österreich nur von bestimmten Schichten verstanden und gutgeheißen. Versucht man, seine Politik jetzt nur am Durchschnittsbewußtsein zu orientieren, würde sie ihren antikapitalistischen Charakter verlieren. Dementsprechend sollte sich das Handeln linker Gruppen eher danach ausrichten, bestimmte Zielgruppen der Bevölkerung anzusprechen, und die Beurteilung linker Aktivitäten sollte neben der Frage, ob diese Gruppen erreicht wurden, auch die Frage nach der objektiven Richtigkeit stellen.

2. Eine politische Organisation sollte nicht in den Fehler verfallen, radikale Aktionen, auch wenn sie sie für falsch hält, nicht politisch, sondern psychologisch zu beurteilen, zu gut sollten wir solche Praktiken von den KPen kennen. In dieselbe Kerbe schlägt die zweite Überlegung in Patkas Artikel: Linke Politik sollte von ihren dahinterstehenden Konzeptionen beurteilt werden, und nicht im Zusammenhang einer Agententheorie, auf die die polizeistrategischen Betrachtungen hinauslaufen.

Gerade im Falle der Spaniendemonstration gibt es handfeste politische Gründe für direktere Handlungen, die symbolisch über die begrenzten Ausdrucksmöglichkeiten von friedlichen Demonstrationen hinausgehen. Nach dreißigjährigem Schweigen haben sämtliche gesellschaftlich relevanten Kräfte von der Christdemokratie bis zur Sozialdemokratie plötzlich ihre antifaschistische Gesinnung im Zusammenhang mit Spanien entdeckt. Was dahintersteckt, ist die "Gefahr" einer Linksentwicklung in Spanien ähnlich wie Portugal, sollte das faschistische Regime nicht bald durch ein bürgerlich-demokratisches, abgelöst werden. Diesen Rahmen wollten die Demonstranten vor der Iberia sprengen, sicherlich jedoch auf eine zu spontane und unkontrollierte Art.

Kurt Langbein  
Hans Steiner

**aspekte**

**THESEN  
ZUR  
HOCHSCHULPOLITIK**

**bewegung für sozialismus 10j  
beiträge zur theorie  
und strategie der linken**

## **Redaktionskollektiv Hochschulgruppe: THESEN ZUR HOCHSCHULPOLITIK**

1. Zur Strategie an den Hochschulen
2. Welche Funktion kommt der Wissenschaft im Kapitalismus zu?
3. Universität und Ausbildung

Diskussion zur Organisationsfrage

Zur Geschichte der FÖJ – Bewegung f. Sozialismus

Zu beziehen im Sekretariat der Organisation:  
1040 Wien, Belvederegasse 10.

**PODER  
PARTID  
Portugal-Spanien  
NACHRICHTEN**

## **Nr.1 soeben erschienen !**

Interviews mit Vertretern von MES, FSP, LUAR  
Entwicklung des MFA  
Politische Parteien in Portugal  
Die Lügen um "Republica"

Bestellungen an das Sekretariat der Organisation  
A-1040 Wien, Belvederegasse 10

Die Organisationen – Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit, FÖJ – Bewegung für Sozialismus, Freidenker-Bund, Verband Marxistischer Arbeiterjugend – haben in gemeinsamer Arbeit im "KOMITEE FÜR STRAFFREIE ABTREIBUNG" eine Broschüre zusammengestellt.



Meinungen. Argumente. Stellungnahmen zur Abtreibungsfrage

**Freie Entscheidung  
für die Frau -  
weder Gebär- noch  
Abtreibungszwang!**

**Nie mehr vor den Richter -  
unbefristete  
Freigabe der Abtreibung!**

**Verhütungsmittel und  
Abtreibung  
auf Kassenkosten!**

Die Broschüre hat folgenden Inhalt:

Schwangerschaftsabbruch – ein Problem der Gesellschaft / Sozialdemokratie und Abtreibungsfrage / Die Kirche als ein Hauptfeind der Fristenlösung / Also sprachen die Bischöfe / Die Geschichte der Abtreibung / Die Abtreibungsfrage in den kapitalistischen Staaten / ... und in den Oststaaten? / Familienplanung in Ungarn / Wer wagt, verliert.

Zu beziehen bei den jeweiligen Organisationen bzw. im Sekretariat der FÖJ – Bewegung für Sozialismus: 1040 Wien, Belvederegasse 10. Telefon: 65 19 52.